

Die „Volkswacht“
erschienen wöchentlich 1 Mal
aus 12 Nummern.
Erscheinungstag: Donnerstags, 6. u.
und nach Bedarf zu beliebigen
Zeiten. Preis: 12 Nummern 2.50,
einzelne 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.75,
einzelne 25 Pf.
Der Verlag: 1907, 11. 2. 24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher
Redakteur: Dr. phil. h. c. h.
Herrn Dr. phil. h. c. h.
für die Redaktion: Herr
Dr. phil. h. c. h.
15. Jahrgang
Anzeige für die nächste Nummer
erschienen bis Donnerstag 11 Uhr in der
Arbeitszeit abzugeben.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 276.

Dienstag, den 26. November 1907.

18. Jahrgang.

Der Schlussskord.

Nachdem der Parteitag der preussischen Sozialdemokratie am Sonntagabend mit einer Sympathie-Resolution zu Gunsten des Genossen Liebknecht in Glogau seine Arbeiten beendet hatte, fasste der Vorsitzende, Genosse Singer, das Werk der Verhandlungen in folgende Worte zusammen:

Genossen! Unsere Verhandlungen haben wichtige und aktuelle Gegenstände behandelt. Wenn wir auf diesem Parteitag, meiner Erinnerung nach, zum ersten Male eingehend über die Lage der in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter gesprochen haben, so geschah es nicht nur, um uns aufzurufen, sondern auch in der Hoffnung, daß durch eine wahrheitsgetreue, nicht übertriebene, in jedem Punkte mit dem Bewußtsein versehenen Darstellung der Lage der Staatsarbeiter die Staatsarbeiter selber aufgerufen werden, um sich ihre Menschenrechte zu erkämpfen (Lebhafte Zustimmung.) Die Staatsarbeiter müssen sich bewußt werden, daß, wenn sie ernsthaft entschlossen sind, Schulter an Schulter ihre wirtschaftliche Macht zum Ausdruck zu bringen, keine Gewalt der Erde, keine Regierung und kein Werkstättenleiter ihnen hindernd in den Weg treten kann. (Lebhafte Zustimmung.)

In dem Maße, wie die Staatsarbeiter sich bewußt werden in ihrer großen Mehrzahl, daß sie nur ihr Recht vertreten, werden die Machtverhältnisse der Arbeiter in den Staatsbetrieben machlos. Die Staatsbetriebe können Dutzende von Arbeitern entlassen, alle Staatsarbeiter können sie nicht entlassen. (Sehr richtig!) Und darin liegt die Macht der Staatsarbeiter, wenn sie sich den Organisationen anschließen und unter dem Schutz der Organisation ihre wirtschaftlichen Rechte beanspruchen. (Lebhafte Zustimmung.) Das war der Grund, warum dies Referat auf diesem Parteitag gehalten wurde, und ich habe mit dem Referenten die Hoffnung, daß von jetzt ab auch die Staatsarbeiter die Rechte in Anspruch nehmen werden, welche ihnen als Staatsbürger Preußens zustehen. (Sehr gut!)

Das Referat, das wir über die Gemeinde- und Selbstverwaltung gehört haben, hat, wie die kurze Diskussion gezeigt hat, außerordentlich große Bedeutung. Wenn auch im Rahmen dieser heutigen Verhandlungen das Thema nicht vollkommen erschöpft werden konnte, so geht doch aus der Aufnahme des Referats auf diesem Parteitag hervor, daß die preussischen Genossen, soweit sie als Delegierte hier anwesend sind, durchdrungen sind von der Notwendigkeit, die sozialdemokratischen Forderungen mehr wie bisher und so stark wie möglich in den Gemeindeverwaltungen zur Vertretung zu bringen. Die Sozialdemokratie hat die große Aufgabe, mit den verrotteten Zuständen, die in den Gemeindeverwaltungen dank der reaktionären Städteordnung bestehen, aufzuräumen. Dazu gehört das Hausbesitzerprivileg und vor allem das Dreiklassenwahlrecht. Diese Wälle zu stürmen, ist unsere Aufgabe in der Gemeindeverwaltung. Und gerade im Augenblick haben unsere sozialdemokratischen Gemeindevorsteher eine besonders aktuelle Aufgabe. Sie müssen in ganz Preußen, wo es irgend geht, im Hinblick auf die wirtschaftliche Not und die Krisis die hereinzubrechende droht, vorbeugende Maßnahmen treffen. Wir haben,

wie Sie wohl schon gelesen haben, gestern in der Reichstagsfraktion beschlossen, im Reichstage eine Interpellation einzubringen, die sich mit der Verteuerung der Lebensmittel und der Kohlen beschäftigt. In diesem Sinne, wenn auch nicht, auf dem Wege der Interpellation, aber jedenfalls zur möglichsten Veränderung der durch diese wirtschaftliche Notlage über das Proletariat hereinbrechenden Zustände müssen auch unsere Gemeindevorsteher jetzt eingreifen. Es muß dafür gesorgt werden von unseren Vertretern, daß überall da, wo es irgend möglich ist, Anträge gestellt werden auf Veretzung von Notstandsarbeiten. Wir ist mitgeteilt worden, daß wir in Berlin jetzt ungefähr 30.000 Arbeitslose haben (Hört, hört!), die die Arbeitsnachweise stürmen, um Arbeit selbst zu den niedrigsten Löhnen zu finden. Mit der immer größeren Verteuerung der Lebensmittel, mit den fast unerschwinglichen Preisen des Brennmaterials usw. werden die Verhältnisse immer schlimmer werden. Aufgabe der Gemeindevorsteher ist es, nach Kräften dafür zu sorgen, daß diese arbeitslosen Mitbürger in die Lage versetzt werden, nicht der Armenverwaltung anheim zu fallen (Sehr richtig!), sondern sich durch ihre eigene Arbeit über die Notlage hinwegzuhelfen. (Bravo!) Wir werden bei dieser Gelegenheit wieder die Probe auf das Exempel machen, ob die soziale Fürsorge, deren sich die Gemeinden rühmen, in der Tat wascheit ist und ob sie soweit geht, diesen aktuellen Notstand, soweit ihre Kräfte reichen, wenigstens zu mildern. — Wir haben uns auf diesem Parteitag eine Landesorganisation geschaffen. Ich will auf die Einzelheiten nicht mehr eingehen, sondern nur betonen, daß wir mit voller Zuversicht der Ueberzeugung sind, daß auch diese neue Organisation uns eine neue Waffe sein wird im Kampfe des Proletariats für seine Befreiung. Die Organisation, die wir uns geschaffen haben — nach meiner Ueberzeugung in der allein richtigen Form — wird zu einer Stärkung der preussischen Sozialdemokratie führen; die Agitationsfähigkeit, die Schlagfertigkeit der preussischen Sozialdemokratie wird dadurch, daß ihrer Organisation jetzt eine einheitliche Form gegeben ist, bedeutend vermehrt werden. (Bravo!) Es ist in der Debatte hervorgehoben worden und ich schließe mich dem an, daß es nicht darauf ankommt, wie die Organisation auf dem Papier aussieht, sondern die Hauptsache ist der lebendige Geist, die Tatkraft, die Energie, die Entschlossenheit, den Feind zu schlagen, von dem eine solche Organisation befreit sein muß, wenn sie erfolgreich sein soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Befürchtet worden sind unsere Verhandlungen von der Wahlrechtsfrage. Wie konnte es auch anders sein! Alles das, was die Sozialdemokratie an Reformen auf den verschiedensten Gebieten zu erstreben hat, alles, was sie an die bürgerliche Gesellschaft an Forderungen stellt, findet in Preußen zunächst noch an dem elenden Dreiklassenwahlrecht einen Widerstand, der hinweggeräumt werden muß, bevor man an diese Reformen gehen kann. Die Schmach des Dreiklassenwahlrechts, welche den preussischen Staatsangehörigen, soweit sie Wähler der dritten Abteilung sind, also nicht auf dem Geldfuß sitzen, soweit sie dem Mittelstand angehören, zugemutet wird, muß gebrochen werden, koste es, was es wolle. (Lebhafte Bravo!) Das Dreiklassenwahlrecht muß in Preußen beseitigt werden, und auch dabei kommt es nicht darauf an, jetzt mit der Feder in der Hand aufzuschreiben, wie man den Kampf führen will, nicht darauf,

als in die letzten Konsequenzen sich das Bild des Kampfes vorzuführen — nein, die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer Tatkraft immer nach dem einzig vernünftigen Plane gehandelt: die Kampfeskraft muß immer aus der augenblicklichen Situation heraus geboren werden. (Sehr richtig!) So werden wir auch kämpfen gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen für die Erriingung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach unserer Programmforderung. Die wechselnde Situation wird wechselnde Kampfeskraft bringen; der Wert unserer Beschlüsse besteht darin, daß auch dieser Parteitag die unerschütterliche Entschlossenheit ausgesprochen hat, alle ihm zu Gebote stehenden, alle anwendbaren, alle Erfolg versprechenden Mittel zu benutzen, um den Widerstand der Reaktion gegen das allgemeine Wahlrecht zu brechen. (Sehr richtig!) In dem Beschlusse, den wir gefaßt haben, liegt gleichzeitig das Gelbblütis und die Erkenntnis, daß dieser Kampf nicht ohne schwere Opfer zu führen ist. Wir wissen, was es bedeutet, wenn der Hauptwall der Reaktion in Preußen erklimmt werden soll und wir wissen, daß unsere Feinde sich nicht widerstandslos von diesem privilegierten Posten abdrängen lassen werden. Aber wir wissen ebenso gut, daß in der Nacht der Tatsachen die Stärke der sozialdemokratischen Partei liegt. Mag der Kampf Opfer kosten, so schlimm und bedauerlich das sein mag, aufhören wird dieser Kampf nicht eher, als bis die Siegesfahne über den gerichteten Bastionen des schmachvollen Dreiklassenwahlrechts aufgezoogen ist. (Stürmischer Beifall.) Ich glaube kaum nötig zu haben, an die Delegierten das Ersuchen zu richten, im Sinne der hier gefaßten Beschlüsse mit aller Energie in ihren einzelnen Wahlkreisen zu wirken. Lassen Sie als erstes Erfordernis zu dem siegreichen Ausgang des Kampfes uns die Mahnung zum Leitstern dienen: Organisiert! Organisiert! und Organisiert! zum dritten Male! (Bravo!) Die Organisation muß uns die Adressen stellen im Kampfe. Vor allem ist die Zusammenfassung der Arbeiterklasse nötig, Hand in Hand mit der Zusammenfassung geht dann die Aufklärung, die Belehrung, die Revolutionierung der Köpfe. Es gilt, die Köpfe und Herzen empfänglich zu machen für den großen Kampf, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, weshalb ein Lohn beim Siege dem Proletariat winkt. Dieser Aufgabe haben wir uns zur Verfügung zu stellen; daß sie erfüllt wird, dafür bürgt die Entschlossenheit, der Kampfesmut, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes, der die deutsche, wie in ihr die preussische Sozialdemokratie befeuert. Unser Organisationsstatut basiert darauf, daß wir nicht getrennt marschieren, nicht preussische Politik allein machen, sondern indem sich das Statut dem deutschen Statut angeschlossen hat, zwingt es die preussischen Parteigenossen, vereint mit der deutschen Partei den Kampf zu führen, der nicht nur für Preußen, sondern, wie mit Recht betont worden ist, für ganz Deutschland von hoher Bedeutung ist. Der ganze Kampf muß zusammengefaßt werden in die Worte: Nieder mit der preussischen Reaktion, nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht, nieder mit dem Herrenhause, her mit einem Wahlgesetz, das der breiten Masse der Bevölkerung, die alle Werte und allen Wohlstand schafft, die ihr zukommenden Rechte gibt. In diesem Entschlusse lassen Sie uns wie immer am Ende unserer Verhandlungen auch heute auseinandergehen mit dem Gelbblütis, im Sinne der sozialdemokratischen Forderung Mann für Mann weiter zu kämpfen. Lassen wir dies Gelbblütis in dem Aufzusam-

Das Fest in Coqueville.

Von Emile Zola.
Deutsch von Henriette Debidé.

Die Fässer waren geleert und man lagerte sich und schief oder plauderte, wie es einem eben behagte. Etwas abseits von den übrigen saß Margot. Stillsitzend fühlte sie, daß ihr jemand in den Nacken blies. Es war Delphin, der ungeheuer lustig, auf allen Vieren, wie ein Wolf, herangekommen war. Nur mit Mühe hielt sie einen Schrei zurück, um nicht des Vaters Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, der den „Jungen“ sicherlich mit einem Fuhrtritt heimgeschickt hätte.

„Geh' weg, duummer Junge“, flüsterte sie halb lachend und halb ärgerlich, „mach', daß Du fortkommst, der Vater wird Dich erwischen!“

Als Coqueville am nächsten Tage erwachte, stand die Sonne schon ziemlich hoch. Das Wetter war noch schöner und milder, das Meer ruhte still unter einem wolkenlosen Himmel. Es war ein richtiges Faulheitswetter, ein Wetter, bei dem man am liebsten nichts tut.

Und Coqueville beulte sich auch heute gar nicht mit der Arbeit. Nachdem sie sich nach dem gestrigen Gelage gut ausgeglichen hatten, kamen sie alle an den Strand herab, lediglich um zu schauen, zu plaudern.

Seute — es war Mittwoch — dachte man wieder an den Fischfang, noch an die Witwe Dufeu, noch an Herrn Mouchel. Und weder Joffe noch Kottkopf sprachen auch nur davon, nach den Reusen sehen zu wollen. Man saß und stand herum und hielt Ausschau. Um drei Uhr Nachmittags wurden die Fässer signalisiert. Es waren ihrer vier, und sie tanzten ganz nahe heran. Sofort waren der „Zehfir“ und der „Walfisch“ flott und auf der Jagd hinterher; weil's aber genug für alle gab, entfiel heute kein Streit; jedes Schiff hatte seinen Teil, jedes hatte zunächst zwei Fässer.

Sie fuhren weiter hinaus und erst um sechs Uhr kehrten die beiden Barken wieder: jede brachte drei Fässer mit und das Fest begann aufs neue. Inzwischen hatten die Weiber Lische und Hähne herbeigekauft, damit man's bequemer und gemüthlicher hätte. Ja, es lag leibhaftig wie in Grandport aus, wo es „Gefährlicher im Freien“ gab. Und sie hatten ihrer zwei: die Kische zur Linken, die Wache zur Rechten, und damit die Trennung nur ja recht augenfällig sei, hatten sie dazwischen einen kleinen Sandhügel aufgeschichtet. Da saßen sie und tranken, jeder von seinen Fässern, aber der „Kaiser“ ging mit vollen

Gläsern von einer Gruppe zur anderen, so daß alle von den sechs Fässern zu kosten bekamen. Um neun Uhr Abends war man noch viel lustiger als am Abend vorher, und am nächsten Tage erinnerte sich keiner mehr, wie er nach Hause und ins Bett gekommen war.

Am Donnerstag brachten die beiden Barken, der „Zehfir“ und der „Walfisch“, jeder zwei Fässer heim, sie waren aber von ungeheuren Umfang, wahre Riesentonnen, und am Freitag gab's sogar sieben: Kottkopf brachte drei und Joffe vier mit.

Nun war für Coqueville das goldene Zeitalter gekommen: es wurde nichts mehr getan, man schlief bis Mittag den Raufsch vom vorherigen Abend aus und ging dann am Strande spazieren, spähte ins Meer hinaus, ob es kein neues Strandgut habe und begrüßte jede neue Erscheinung mit einem Freudenruf. Ihre Gedanken drehten sich einzig nur um die erwartete Beute und man fragte sich gegenseitig mit wichtiger Miene: „Nun, was meint ihr, wie viel Fässer werden heute kommen? Von welcher Farbe werden die Fische sein?“

Die Kinder und Weiber stiegen auf die höchsten Klippen hinauf, lugten aus und signalisierten jeden schwarzen Punkt; häufig genug waren es freilich nur Seetangsbündel.

Und der „Zehfir“ und der „Walfisch“ waren stets zur Ausschau „klar“. Sie fischten jetzt Fässer statt Fische, es ging her wie beim Thunfischfang, bei welchem die einen auch von der Höhe ausbähen müssen, während die anderen die signalisierten Fische harpunieren.

Sie achteten jetzt nicht mehr der Fische und die Mafresen hoben sich sorglos aus dem Wasser heraus und schossen im Bogen hin, während die bequemen Reusen sich auf der Oberfläche des Wassers sonnten.

Die Leute von Coqueville saßen vom Strande aus der Jagd nach den Fässern zu und lachten und lachten. Abends tranken sie den „Fang“.

Ich, war das schön! Die Fässer nahmen kein Ende! Wenn sie schon meinten, das sei das letzte, da fanden sie immer noch welche, immer gab's neue, immer andere. Und kein Faß glich dem andern, alle Größen, alle Farben waren vertreten. Und jedes Faß enthielt einen anderen Fißer.

Das zu Grunde gegangene Schiff mußte wahrlich eine reiche Ladung an Bord gehabt haben, und die nicht mehr nüchternen Leute von Coqueville lachten und scherzten über das unglückliche gestrandete Fahrzeug, sie meinten, es wäre ein eigener Fißerfänger für die Fische gewesen und alle Fische des Meeres könnten sich einen Rausch daran trinken.

Der „Kaiser“ war ganz tiefinnig geworden, er hatte von allem gelstet, von allem getrunken und kannte sich gar nicht mehr aus. Joffe erklärte, er hätte schon viel im Leben ge-

sehen, eine solche Ladung aber sei ihm noch nie vorgekommen, und der Pfarrer war der Ansicht, daß irgend ein wilder König in fernen Ländern die Bestellung gemacht haben müsse, um einen handesgemäßen Keller zu besitzen.

Die übrigen zerbrachen sich nicht weiter die Köpfe darüber, sie tranken und wurden nicht mehr nüchtern.

Die verheirateten Damen von Coqueville, die ebenso den Weitranten ausbrachen, wie ihre Männer, hatten eine besondere Vorliebe für die süßen, cremeartigen Fische, die nach Kaffee, Schokolade oder Vanille schmeckten. Marie, Kottkops Frau, hatte eines Abends so viel Anisette getrunken, daß sie davon krank wurde. Margot und den anderen jungen Mädchen sagten die nach Früchtlchen schmeckenden am meisten zu und die kleinen Kinder bekamen von den allerliebsten.

Die Männer zogen natürlich die kräftigeren Sorten vor und zeigten sich, wenn sie Rum, Cognac, oder sonst etwas Starkes, Brennendes gefischt hatten.

Es gab aber höchst sonderbare Dinge in den Fässern.

Da war ein Fißer, der mehrwärtig nach Terpentinschmedte — man trank ihn nichtsdestoweniger, weil man nichts umsonst gefischt haben wollte.

Es gab darunter Sitowitz aus Serbien, „Tulca calugaresco“ aus Rumänien, Aral aus Dalabien und schwedischen Kämmel, lauter Dinge, die alle aus's Höchste in Verwunderung setzten. Die Leute schüttelten vor Staunen die Köpfe und riefen: „Nieder Himmel, ist es denn möglich, daß man so verschiedene und so gute Dinge erfunden hat!“ Man hatte bisher nur ganz gewöhnlichen Brandwein in Coqueville gekannt, und den nicht einmal alle, nun war man über die Mannigfaltigkeit ganz klar: daß man sich mit so vielerlei berauschen könne, das setzten sie in ein endloses Staunen.

Sie glaubten zu träumen, ein Märchen zu erleben! Ich, sich täglich berauschen zu können, täglich mit etwas anderem, etwas neuem, das man bisher nicht einmal dem Namen nach gekannt hatte. Und es nahm kein Ende! Wie ein Regen, wie ein Wunderbrunnen unerschöpflich kofsen diese gewonnene Wasser, die nach allen Blumen, allen Früchten der Schöpfung küßelten und schmeckten.

Freitag Abend war's und sieben Fässer lagen auf dem Strande. Ganz Coqueville war da versammelt, Coqueville, das den Strand kaum mehr verließ; man hatte sich hier völlig eingerichtet, bank der Witterung, können Witterung. Niemals, seit Menschengebenden, hatte man im September eine Woche hindurch so herrliches Wetter gehabt.

(Fortsetzung folgt.)

Lebens, das auf die Aufhebung des Konfessions folgen sollte? Ja, wie steht es denn eigentlich mit der großen Masse der Katholiken Frankreichs? Ach, ihr Biberland war ja nur ein Strohhalm, und die Kirche hat auf keinen Menschen Verlass in Frankreich, diesem Frankreich, das sie geliebt hat vor allen anderen Menschen der Welt! In Frankreich gewöhnt man sich eben im Handumdrehen an alles, selbst daran, daß der Kerus Hunger leiden muß. Der französische Katholizismus ist eine Kirche ohne Kämpfe geworden, eine Kirche ohne legale Existenz: das ist in zwei Worten unsere heutige Bilanz. Diese Bilanz deckt die Pariser Katholiken am Petersplatz in berebten Worten aus: Sie sind samt und sonders (also insgesamt) dem Verbot für die Klaretien, die Begründung zu befragen, und die Begründung der Klaretien um rund 3 Millionen Francs im Jahre zu leisten. Dazu bemerkt ein vom Pariser Kardinal Richard in der "Journal de Geneve": "Wenn die Katholiken in dieser Hinsicht nicht ihre Pflicht erfüllen, so würde wegen Mangels an Geldmitteln der Status innerhalb zehn Jahren ein Ende nehmen." Das scheint die reiche Katholiken Frankreichs nicht zu kümmern; im Gegenteil; nun können sie ja Geld rein für den elenden Gebrauch ausgeben. Sie fahren lieber im Automobil, bevor sie etwas für die Kirche hergeben würden! Jammer der Kardinal. Unsere Klaretien wird man selber nicht so halb die Klaretien ihres Kollegen aufhören hören; vorläufig sind sie halt im Automobil — weil es zur Zeit wenigstens noch ein "hohes Fahrzeug" ist — in vier-spänniger Kutsche und lassen das Volk unter dem Druck der Abgaben jammern.

Die aufgehobene realmentierte und die gesetzlich zulässige Prostitution. Im Oktober vorigen Jahres trat in Dänemark bekanntlich ein Gesetz in Kraft, das die realmentierte Prostitution und damit auch die zwanagsweilige Kontrolle der Prostituierten aufhob, das der Polizei jedoch die Möglichkeit gab, Personen, die von der Prostitution leben, auf Grund des Bannbuchs zu bestrafen. Diese Bestimmung versuchte denn die Polizei auch auszuführen; sie hat aber dabei keine Unterstützung bei den Gerichten gefunden, die bei jeder Person nur nachweisen konnte, daß sie irgendwo in Arbeit steht oder ein ehrbares Gewerbe betreibt. Das höchste Gericht hat in der vorigen Woche ein Mädchen freigesprochen, das früher unter Kontrolle, seit Antritt eines neuen Gesetzes als Näherin tätig ist, aber als ihre Hauptverdienstmöglichkeit nach wie vor die Prostitution betrachtet. In dem Urteil wird angeführt, daß, wie das neue Gesetz nun einmal beschaffen ist, eine Verurteilung wegen Prostitution nicht erfolgen kann, wenn die Verurteilte nur nachweist, daß sie, sei es auch nur nebenbei, einen anderen Erwerb hat.

Ein anderes Gerichtsurteil, das der Polizei als Richtschnur dienen soll, betraf eine Frau, die wegen Kupplerie bestraft worden sollte, weil sie an Prostituierte vermittelt hatte und ihnen Aufwartung leistete. Sie wurde freigesprochen, weil sie nachweisen konnte, daß sie keine höhere Vergütung, als sonst üblich, genommen hatte. Sollte sie, wie es allgemein ist, wo realmentierte Prostitution besteht, die Prostituierten wucherisch ausbeutet, wäre sie sicher bestraft worden.

Wider die Kriegsgesetze. Als unser Parteigenosse Einarr Li, weil er sich crunfächlich weigerte, seiner Militärpflicht zu genügen, wegen "Fahnenflucht" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war und dann üblich ohne daß man ihm Rettung seine Angelegenheiten zu realisieren, eingekerkert wurde, da tauchte schon die Forderung nach Befreiung der militärischen Ausnahmegerichte, der Kriegsgesetze auf, die in ihrer Aufsammlung den im bürgerlichen Gerichtsweisen Norwegens durchgeführten demokratischen Grundgesetzen Hohn sprechen. Nun hat diese Agitation gegen die Kriegsgesetze neue Nahrung gefunden durch ein Urteil, das kürzlich in Dänemark über einen Unteroffizier der Marine gefällt wurde. Der Mann hatte einen Befehl, Kohlen zu schleppen, nicht verpflichtet fühlte. Er wurde von drei aus Offizieren bestehenden Wehrtribunalen des Kriegesgerichts zur Entlassung aus dem Dienst und auf 4 Monaten Gefängnis verurteilt, während die Minderheit des Gerichts, zwei Unteroffiziere, für Freisprechung stimmten.

Unter den Unteroffizieren der Marine hat das Urteil große Erregung hervorgerufen und der Unteroffiziersverein hat die Sache zu der seinen gemacht und für die Verurteilung an das höchste Gericht einen Rechtsanwalt beschafft. Ueber die Wirkung, die jenes Urteil auf die Unteroffiziere ausgeübt hat, wird unserem Bruderorgan "Sozial-Demokraten" geschrieben:

"Geben die Unteroffiziere bisher niemals fest zusammengehalten, so ist dies jetzt der Fall. Ueber die Uebergänge der Offizierspartei sind ihnen nun die Augen geöffnet. Und wie das den Sozialdemokraten fördert: "Sozial-Demokraten" ist hier nur das weiß begehrt. Statt unter den Unteroffizieren, eben weil es auf dem Kern der Sache aufmerksam gemacht hat.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. November.

Ein Raubmord ist am Sonnabend Abend in der Nähe von Breslau verübt worden. Gegen 9 1/2 Uhr wurde auf dem Wege zwischen Carlowitz und Breslau, dort, wo er unter dem Bahnhöfen der Neuen Oder-Uferbahn hinwegführt, von Personen, die in den Schrebergärten beschäftigt gewesen waren, ein stillstehender Bierwagen aufgefunden, den sie bei näherem Zusehen als der Brauerei Fulde in Sacrau gehörig erkannten. Man glaubte zunächst, der Kutscher sei entwichen, daß bemerken sie aber, daß er bewußlos war und aus zahlreichen Wunden blutete. Sie nahmen nun das Gefährt in ihre Obhut und brachten es nach einer nahen Restauration. Gleichzeitig wurde ärztliche Hilfe herbeigerufen. Der Verletzte, der als der Kutscher Dultke rekonozitiert wurde, hatte am Kopfe fünf Messerstücke davongetragen. Außerdem wurde ein Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt. Beides dürfte auf einen Schlag mit einem Stein zurückzuführen sein, das auf dem Boden gefunden wurde. Bereits am Sonntag früh ist der Verletzte im Allerheiligenhospitale, wohin er gebracht worden war, im Alter von 33 Jahren seinen Verletzungen erlegen. Er ist Familienvater und hinterläßt zwei Kinder. Dem Mörder, von dem bisher noch jede Spur fehlt, sind etwa 120 Mark einlassiertes Geld der Brauerei und 50 Mark, das dem Getriebenen selbst gehörte, in die Hände gefallen. Ein heftiger Kampf muß auf dem Wege zwischen dem Ueberfallenen und seinem Mörder stattgefunden haben, davon zeugen die zerissenen Kleider des Ersteren. Das Geld ist ihm aus der Hosentasche genommen worden. Die Gegenstände, in der sich die Stuttsart befindet, gilt allgemein als wenig sicher und längst wird eine bessere Veranordnung als ein dringendes Bedürfnis empfunden.

Diebstähle. Aus einer Wohnung im Wäldchen wurden einem Dienstmädchen ein schwarzes Kleid mit weissem Einsatz, ein rotbraunes Kleid mit hellem Einsatz, ein blau-grauer Rock, ein schwarzes Sommerjackett, eine braun-rote Stoffbluse und zwei Hosen gestohlen. — Einem Handwerksmann wurden von seinem Wagen fünfzig Pfund Butter, vier Räder und eine Hand geschossen. Der Wirt trägt den Tempel "Brennmalerei" etc. Angaben zur Ermittlung des Diebes sind gegen Verlobung im Sommer 06 des Polizeipräsidiums zu machen. — Einem Bau-

unternehmer von der Knechtstraße wurde ein Fahrrad, Marke "Stahlsrad" Nr. 28.049, gestohlen. — Einem Zimmermann wurde ein Fahrrad, Marke "Werte", gestohlen. — In der Nacht zum 23. d. M. fiel ein Dieb durch das Fenster in ein Bureau am Berlinerplatz ein und entwendete ca. 70 Mk. — Einem Kaufmann von der Oberstraße wurde ein Handwagen gestohlen.

Unfall. Am 23. d. M. Nachmittags wurde ein Professor auf der Buralstraße durch einen Motorwagen umgerissen und eine Strecke geschleift, wobei er Verletzungen im Gesicht erlitt.

Feuer. Am 24. d. M. Abends brach in einer Wohnung in der Gellhornstraße 51 im 4. Stock ein Gasbrand aus, der die Feuerwehr nach Wallbleichstraße 110 geriefen, wo in einer Wohnung infolge einer Explosion einer Petroleumlampe Feuer ausgebrochen war.

Gefunden wurden: eine goldene Damenuhr, ein Sack mit Schrauben, mehrere Meter Dachblei und eine Pelzboa.

Abhanden kamen: ein Portemonnaie mit 200 Mark, ein "arisiertes" Jackett, eine goldene Brosche mit einem Rubin, ein rot-schwarzes Kästchen und ein Granatarmband.

Fürstlich Mark Belohnung. Aus einer Wohnung wurden vor einigen Tagen mehrere Duzend silberne Pöfel und Besteck, sowie andere Wertgegenstände gestohlen. Für Ermittlung des Diebes und Beschaffung der gestohlenen Silbergegenstände sind 50 Mark Belohnung angesetzt. Zweckdienliche Angaben sind im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums zu machen.

Aus Schlesien und Polen.

Ostau, 22. November. Warnung vor dem Alkohol. Der Arbeiter Riese Altrage beim Nachhausekommen in angetrunkenem Zustande die Kellerterrasse hinab, wobei er sich schwere Verletzungen am Kopf zuzog. Die Wirtswirthe des Hauses brachten ihn in sein Bett, worauf man ihn noch eine Weile singen hörte. Am andern Morgen wurde er als Leiche vorgefunden.

W. Reitz, 23. November. Ein frühzeitiger Gast. Der Strombauarbeiter Adamski fand in einem Fischweihenbänke bei Abrahams Garten, wo jetzt bei dem niedrigen Wasserstande der Buhnenbau eifrig betrieben wird, einen Schmetterling, welcher aus seinem Winterstadium erwacht und ans Tageslicht gekommen war. Es ist ein Plauenauge, das im warmen Zimmer ganz lebendig wurde und verwundert die Gasflammen umkreiste.

Greiffenberg, 22. November. Arbeiters Tod. In der Köthenschen Düngefabrik wurde am Dienstag der im schlesischen Baugesicht tätige Maurerpolier Franz Wolski aus Krümmen als bei Ausbuchtungarbeiten durch eine ins Rücken kommende Erdmasse verdrückt. Verbelegene Personen besetzten den Verunglückten aus seiner Lage, der herbeigekommene Arzt konstatierte einen Armbruch und innere Verletzungen und ordnete die Ueberführung in das städtische Krankenhaus an, wo der Bedauernsterbe starb.

Radze, 24. November. Ein herber Verlust. Drei Kinder innerhalb weniger Tage sind dem Bergmann Urschmann'schen Eheleuten in Radze B an Scharlach gestorben. Die Ausbreitung dieser Krankheit nimmt mit jedem Tage zu. In den letzten vergangenen beiden Wochen sind 22 Kinder dieser Krankheit zum Opfer gefallen.

Wentzen, 24. November. Ein roher Scherz. Eine Gesellschaft in einem hiesigen Restaurant machte sich ein "Spaß", einen Hund betrunken zu machen. Ein Postkaffier, der mit dem betrunkenen Hunde seinen Spaß trieb, mußte dafür büßen. Das Tier schnappte nach dem Ohre des Beamten und bis es zur Hilfe ab. Gütlicher Weise entließ man dem Tiere das abgebissene Stück Ohr, so daß es der Arzt wieder anheften konnte.

Laurahütte, 22. November. Ebllich verunglückt. Auf der bei Signusgrube gelegenen Schlafenhalde sind zwei beim Unternehmer Neugebauer beschäftigt gewesene Tagelöhner Pajong und Drabig verunglückt, indem sie in die glühenden Schlacken stürzten. Beide erlitten so schwere Verletzungen, daß der eine im Hüttenlazarett bereits gestorben ist; auch beim anderen soll wenig Hoffnung auf Heilung sein.

Neueste Nachrichten.

Sozialdemokratische Arbeit.

Berlin, 25. November. Dem Reichstag sind drei weitere sozialdemokratische Anträge zugegangen. Sie betreffen die Aufhebung der Fahrkartensteuer, das gänzliche Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage, sowie eine reichsweite Regelung der für industrielle Etablissements errichteten Pensionskassen.

Nieder mit der Zwingherrschaft.

Berlin, 25. November. (S. L. B.) Die sozialdemokratische Agitation gegen das Dreiklassen-Wahlrecht begann am gestrigen Sonntag mit einer Massenverteilung von Flugblättern. Morgen finden in Berlin und den Bezirken 47 öffentliche Volksversammlungen mit der Tagesordnung "Der Wahlrechtskampf" statt.

Die Diktatur in Portugal.

Paris, 25. November. Ein früherer portugiesischer Minister erklärte einem Mitarbeiter des "Gil Blas", die Lage in Portugal sei äußerst kritisch; das Land befinde sich tatsächlich im Aufbruch. Der König wolle sich von Franco nicht trennen und die Frage des Sturzes des letzteren sei eine dynastische geworden. Auch die finanzielle Lage Portugals sei eine sehr prekäre. Die revolutionäre Stimmung dehne sich auf alle Klassen der Bevölkerung aus.

Madrid, 25. November. (S. L. B.) Die hiesige Presse schildert die Lage in Portugal als sehr ernst. Heute will der spanische Senator Ruen die Regierung über die Lage in Portugal befragen, um die Erklärung zu erlangen, daß Spanien neutral bleibe, was auch in Portugal vorgehen möge.

Paris, 25. November. (S. L. B.) Ein hier eingetroffener ehemaliger portugiesischer Minister erklärte, daß die Wahrscheinlichkeit der Diktatur trotz der Erhöhung des Stimmrechts durch Franco gegen die Regierung sei. Die Adelsgesellschaft, die trübe die Stille des Hauses Braganza gewesen sei, beginne zu wanken und beut sich offen zur Revolutionspartei. Der Leiter der schlesischen Freigenossen und einer der geschicktesten Vertreter des Adels Freire haben die Regierung Franco für unwahrscheinlich erklärt. Ihrem Uebergang zur liberalen Regierung würden alle ernsthaften Männer folgen.

Berlin, 25. November. (S. L. B.) In dem Hause Kleins Andreassstraße 18 hat die 26jährige Frau des Genst Hermann nach einem Wortwechsel 4 Schüsse auf ihren Mann abgegeben und ihn lebensgefährlich verletzt. Die Frau war über Nacht fortgeblieben und war erst beim Morgenwachen zurückgekehrt. Als sie der Mann deshalb zur Rede stellte, zog sie den Revolver und schoß ihren Mann nieder.

Wagrensd, 25. Nov. (S. L. B.) Der bekannte Partisan Theodor Veritas hat sich selbst infolge gestiger Schwingung erschossen. Veritas ist, seitdem er seine letzte Frau bei dem Austritt der "Berliner" am 8. Februar d. J. verloren hatte, ver-

rend er selbst dieser Katastrophe durch einen Unfall erlitt, mit einer starken seelischen Depression. Auf den Fall seiner Frau wurde er sich vor fünf Wochen nach Wagrensd zurück, wo er sich von der Stelle eine glänzende Einwirkung auf seine Nerven verschaffte. Vor zwei Tagen schrieb er an Freunde in Berlin, daß er an Schilffahrt teil nehme. Gestern Morgen, vielleicht auch beeinflusst durch die Stimmung des Sonntagstags, gab er im Wagrensd Bahnhofs-hotel den tödlichen Schuss in die Schläfe ab und war sofort tot.

Münzberg, 25. November. (S. L. B.) Gestern früh wurde der 25jährige Arbeiter Badof erschossen aufgefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Riel, 25. November. (S. L. B.) Der Dampfer "Ludwig" kollidierte im Nord-Ostsee-Kanal bei Westholz mit dem Fischdampfer "Gustav Playmann". Letzterer sank. Der Verkehr im Kanal ist vorläufig abgebrochen.

Wien, 25. November. (S. L. B.) Die Christlich-sozialistische Partei ist gestern zum letzten Male erschienen. Sie wird mit der "Reichspost" verschmelzen.

London, 25. November. (S. L. B.) Eine Feuerbrunn erlöschte in der Nähe des Buckinghamparks und des Ringhotel. Der Schaden beträgt 2 Millionen Dollar.

Stockholm, 25. November. (S. L. B.) Der englische Chemiker Sir William Crookes wird den Nobelpreis erhalten.

New York, 25. November. (S. L. B.) Der amerikanische Arbeiterbund hat auf seinem Kongress in Norfolk (Virginia) eine Resolution angenommen, in der er sich aufs schärfste gegen eine etwaige Kandidatur des Kriegsfreihändlers Taft ausdrückt. Seine Auffassung als Kandidat — so heißt es in der Resolution — würde die höchste Herausforderung der organisierten Lohnarbeiter darstellen.

New York, 25. November. (S. L. B.) Rockefeller hat 2,600,000 Dollar für medizinische Forschungen gespendet.

Ständesaatliche Nachrichten.

Geburten. I. Kadierer Paul Verlei, ev., L. — Zimmermann Reinhold Werner, ev., S. — Schneider Paul Laxas, ev., S. — Schneider Friedrich George, ev., T. — Fleischermeister Wilhelm Wocholtz, kath., S. — Postbote Ernst Weisse, ev., S. — Arbeiter Otto Kirch, ev., L. — Straßenbahn-Wagenführer August Hoffmann, ev., S. — Schneider Josef Vollmann, kath., T. — Schlosser Paul Böttger, ev., L. — Feilenhauer Richard Kanauer, freisel., T. — Stellmacher Franz Emoraciel, kath., T. — Bäcker Hermann Giebel, ev., S. — Schlosser Karl Rother, ev., S. — Schuhmacher Bruno Kroll, ev., S. — Drechsler Paul Simon, ev., T. — Arbeiter Adolf Vanger, ev., S. — Arbeiter Paul Knauff, ev., S. — Monteur Richard Wiesner, ev., S. — Tischler Paul Meckler, kath., S. — Kürmer Heinrich Schmetz, ev., S. — Straßenbahnkassierer Paul Grünauer, kath., S. — Schneidermeister Johann Fyngas, ev., T. — Kunstgärtner Johann Dchor, kath., T. — Krennmacher Hermann Schuy, ev., T. — Lagerist Josef Seibel, kath., S. — Kutscher Karl Drewohl, ev., T. — Falser Paul Fichte, ev., S. — Schlosser Max Hakron, ev., S. — Restaurateur Eduard Sauer, kath., S. — Maurer Wilhelm Adernann, ev., S. — Buchhalter Richard Bohl, ev., S. — Bäckermeister Theodor Hiebal, kath., T. — Arbeiter Adolf Reichelt, ev., T. — Schuhmacher Karl Bauer, kath., S. — Klempner Paul Rönneke, ev., S. — Arbeiter Max Schreiber, kath., T. — Kesselschmied Johann Langer, kath., S. — Kutscher Theodor Rabler, ev., S. — Schneider Friedrich Dreilich, ev., S. — Schmied Karl John, ev., S. — Steinbruder Karl Bolle, ev., T. — Schneider Anton Wächler, kath., S. — Danienmacher Thomas Kupta, kath., T. — Eisenarbeiter Alexander Söbba, ev., S. — Restaurateur Bruno Seigel, ev., T. — Fabrikarbeiter Robert Eisebith, freisel., T. — Straßenbahn-Wagenführer Paul Heing, ev., T. — Kaufmann Ludwig Finl, kath., T. — Stellmacher Reinhold Tempeler, ev., S. — Schlosser Alfred Scarupf, ev., T. — Arbeiter Paul Besche, ev., T. — Malermeister Martin Händke, ev., T. — Feiger August Lemmer, kath., T. — Haushälter Robert Schöppe, ev., T. — Kutscher Friedrich Gulla, ev., T. — Friseur Josef Heide, ev., S. — Schiffer Wilhelm Roshom, ev., S.

Luftung.

Für den Wiberland sind 6 durch magistralische Ver-lungung aus den städtischen Turnhallen betriebenen Freien Turnerschaft Breslau gingen ein:

Bezugsquittiert	47.14 Mt.
Liste 240, Zahlabend bei Wilson, durch Richter	3.80
" 229 " " " " " " "	3.00
" 230 " " " " " " "	3.80
" 231 " " " " " " "	4.35
" 29, gesammelt durch Heinrich Hoffmann	10.00
" 21 " " " " " " "	3.20
" 42 " " " " " " "	10.45

Summa 50.24 Mt.

Liste Nr. 148 ist verloren gegangen, dieselbe ist anzuhalten und an den Unterzeichneten abzuliefern.
Weitere Spenden nimmt entgegen
Dskar Blasse, Kassierer, Schipinerstr. 28, I.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen			
der städtischen Markt-Notierungskommission			
am 23. November 1907.			
Pro 100 Kilogramm			
	gute	mittlere	gering. Sorte
	niedr.	niedr.	niedr.
Weizen, weißer	23.50	22.90	22.80
Weizen, gelber	23.40	22.80	22.70
Weggen	20.90	20.30	20.20
Draugerle	19.—	18.50	18.—
Gerste	16.—	15.80	15.40
Hafer	19.50	18.30	17.70
Mittelsortiges	23.50	22.50	22.50
Erbsen	20.—	19.50	18.30
Wintererbsen	30.50	—	19.50
heu pro 50 Aliter, 3.50 bis 3.80 Mt.			
Stroh pro Schock 35.— bis 37.— Mt.			

Breslauer Weizenmarkt. Weizen ruhig, pro 100 Kilogr. holl. Sack brutto 23.50 bis 24.00 Mt. Roggen ruhig, 22.50 bis 23.00 Mt. Weizenmehl 00, ruhig, 29.50 bis 30.— Mt. Roggenmehl 1, ruhig, 20.— bis 20.50 Mt. Roggenmehl 2, ruhig, 18.— bis 18.50 Mt. Weizenmehl 3, ruhig, 17.— bis 17.50 Mt.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Montag, den 25. November.

	Heute früh 7 Uhr		Temp.-Grt.		Wetter
	Temp.	Wind	Max.	Min.	
Bresl. Sternm.	-2	SW 2	0	-3	klar
Königsb. Br.	-4	SW 2	0	-4	
Wentzen OS.	-1	SW 1	0	-2	bedeckt
Habelschwerdt	-2	SW 3	0	-1	wolkig
Bitterfeld	-7	SW 0	0	-8	heiter
Görlitz	0	SW 1	grün	0	
Grünberg	0	SW 2	grün	0	häßlich:
Dörsow	-5	SW 3	0	-4	heiter

Parteigenossen!

agitiert unablässig für die Parteiorganisation, den Sozialdemokratischen Verein aufzunehmen und bei den Mitgliedern des Bezirksvereins und im Partei-Sekretariat, Haupt-Gruppenleiter S. J. Cressen, zu haben.

Arbeits-Kalender.
Secretariat für Arbeiterbeschäftigung.
 Bureau: Adlerstraße 3. Telefon 8363.

Gewerkschafts-Kartell.

Vorsitzender: Paul Senf, Nikolaistraße 37.
 Kassierer: A. Peterhansel.

An die Bezirksführer
 des Sozialdemokratischen Vereins Breslau-Stadt.
 Die monatliche Abrechnung
 findet Montag, den 25. November in den Bezirkslokalen
 statt.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Bezirksführer!

Montag, den 25. November, Abends 8 Uhr: Abrechnung in
 den Bezirkslokalen. Kontrollkassen und unverkaufte-Vertragsmarken
 sind mitzubringen. Die Bezirksführer werden ersucht, in jedem Falle
 vollständig und pünktlich zu erscheinen; auch diejenigen, die vorher ab-
 gerechnet haben, wollen zur Stelle sein, da auch wichtige Dinge zu
 besprechen sind.

Gewerkschaftshaus.

Mittwoch, den 27. November:

Arbeiter-Nachfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mitt-
 woch: Vereinsabend.

Schweidnitz. Das Rechtschreibbureau befindet sich Sob-
 rstraße 15 III, und ist geöffnet Dienstag und Freitag
 von 11-1 Uhr Mittags und 6-8 Uhr Abends. Sonntags
 von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags. — Die Bibliothek
 ist zu gleicher Zeit geöffnet.

Striegau. Große öffentliche Protestversammlung Dien-
 stag, den 26. November, Abends 8 Uhr, im Gasthof
 zum „Fisch-Bismarck“.

Striegau. Verband der Fabrik, Land-, Hilfsarbeiter
 und Arbeiterinnen. Sonnabend, den 30. November,
 Abends 8 Uhr: Versammlung im Gasthaus zum „Fisch-
 Bismarck“ bei Euer.

Allwasser. Große öffentliche Protest-Versammlung
 Dienstag, den 26. November, Abends 7 Uhr, im
 Deutschen Kaiser. Tagesordnung: Das Junterparlament und die
 Arbeiterklasse. Referent zur Stelle. Entree: Männer 10 Pf.,
 Frauen 5 Pf.

Waldenburg. Das Arbeiter-Sekretariat befindet sich Fried-
 landsstraße 28. — Jeden Donnerstag: Sprechstunden in
 Gottesberg, Kirchensteinerstraße 17 (Winterabend).

Neu-Salzbrunn. Öffentliche Versammlung Dienstag,
 den 26. November, Abends 6 1/2 Uhr, im Annahor-
 Tagesordnung: Der preussische Landtag und die Bergarbeiter. Freie
 Eintritts. Entree 5 Pf.

Sellhammer-Gottesberg. Öffentliche Protest-Versammlung
 Dienstag, 26. November, Abends 7 Uhr, im Gasthaus
 der Frau Wilmann in Hinter-Sellhammer. Tagesordnung: Der
 preussische Landtag und die Arbeiterklasse. Entree: Männer 10 Pf.,
 Frauen 5 Pf.

Bunzlau. Große Volksversammlung Dienstag, den
 26. November, Abends 8 Uhr, im Saale der 3 Kronen.
 Die Gewerkschaftsvorstände werden ersucht, an diesem Tage keine
 Versammlungen abzuhalten. Es gilt in dieser wichtigen Frage alle
 Mann zum Besuch der Versammlung aufzufordern, um eine
 Waffendemonstration gegen das preussische Landtagswahlrecht zu
 veranstalten.

Gleiwitz. Rechtsanwaltschaft und Sprechstunde des Ar-
 beiter-Sekretariats jeden Mittwoch Abend von 6-8 Uhr im
 Gewerkschaftslokal, Leichstraße 3.

Senften O.S. Die Sprechstunden des Arbeiter-
 Sekretariats finden jeden Dienstag von 9 Uhr Vormittags
 bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis
 7 1/2 Uhr Abends im Gewerkschaftslokal, Groß-Tombomla-
 Straße 8, statt.

Königschüttel. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekre-
 tariats finden jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis
 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftslokal, Ringstraße 3, statt.

Aus der Geschäftswelt.

Wer viel hustet, lebt nicht lange. Deshalb besetzt man sich
 so schnell als möglich von jedem Husten, denn er kann leicht gefähr-
 lich werden und ein früherer Tod ist oft schon die Folge eines
 vernachlässigten bösen Hustens gewesen. So mancher hätte aller-
 Wahrscheinlichkeit nach länger gelebt, wenn er rechtzeitig die glänzend
 bewährten Reichel's Hustentropfen, Marke „Medico“, gebraucht
 hätte, deren Wohl anreiz bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Hals-
 leiden, Katarrhen, Asthma und jedweden Erkrankungen der Luftwege
 sicher erprobt ist. Dieselben sind in Flaschen à 50 Pf., in vielen
 Drogenen erhältlich und nur dann echt, wenn mit Marke „Medico“
 verpackt.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue
 Graupenstr. 6. — Verlag von Eduard Schöb. — Druck von Th. Schöb
 G. m. b. H. — Druck in Breslau. — Seite 2 Beilagen.

Plötzlich und unerwartet verschied am 24. November,
 zu den Folgen eines Raubanfalls, unser Mitglied, der
 Bierkutscher
Carl Quitte
 aus Sakrau im blühenden Alter von 33 Jahren.
 Sein Andenken werden wir in Ehren halten
 Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
 (Zahlstelle Breslau).

Stadt-Theater.
 Freitag:
 Gastspiel Eva von der Osten:
 „Das Glöckchen des Eremiten“.
 Dienstag, Anfang 8 Uhr:
 „Salome“.
 Mittwoch, Anfang 7 Uhr:
 „Die Meistersinger von
 Nürnberg“.

Lobe-Theater.
 Freitag:
 „Die indige Witwe“.
 Dienstag:
 „Wie man Männer fesselt“.
 Mittwoch:
 „Das wahre Gesicht“.

Thalia-Theater.
 Dienstag:
 Gumboldt-Verein.
 Abonnement-Vorstellung
 (Grüne Karten):
 „Der Bibliothekar“.

**Volksvorstellungen
 im Thalia-Theater.**
 Mittwoch:
 Gruppe C, 6. Vorstellung:
 „Die Saubenerle“.
 Donnerstag:
 Gruppe D u. Vorstellung:
 „Die Saubenerle“.
 Freitag: Gumboldt-Verein.
 Abonnement-Vorstellung.
 (Gelbe Karten):
 „Der Bibliothekar“.
 Samstag:
 Gumboldt-Verein.
 Paß-Vorstellung.
 „Der Bibliothekar“.

Schauspielhaus
 Montag, 8 Uhr:
 „1001 Nacht“.
 Dienstag, 8 Uhr:
 Gastspiel Maria Pospischil:
 „Demetrius“.

Liebichs
 Etablissement.
 Nur wenige Tage!
 Das sensationelle
 Novemberprogramm.
 Anfang 7 Uhr.

Feuerversicherung
 sowie Lebensversicherung auch
 für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn.
 Ritterplatz 5, III.

Victoria-Theater
 (Stimmenauer Garten).
 Indische Hindu- u.
 Tempelkänzerin.
Willy Prager.
 und die
 neuen Attraktionen.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Haus an Sabbatagen gütlich.

**Wenn Sie
 Glas • Porzellan
 ••• Lampen •••
 Elmer • Kannen
 Töpfe • Wannen**
 u. sonstige Wirtschaftsartikel
 billig einkaufen wollen,
 so bemühen Sie sich in das
Kaufhaus Oderstr. 1
 — Erstes Haus vom Ring.
 Jeder Käufer, der sich auf
 diese Zeitung beruft, erhält
 einen Extra-Rabatt von 5%
 Wer bei uns kauft, spart Geld!

**Möbel Spiegel.
 Polsterwaren**
 in eigener Werkstatt von nur besten
 Materialien gefertigt.
Kein Abzahlungs-Geschäft
 gewöhne aber ganz Teilzahlung.
Preise enorm billig.
 Büchergarnitur 100 Mk.
 Seitenstisch 18
 Truhen mit Aufschlüsselung . . . 60
 Schrank 60
 Bettstelle 45
 Spiegel mit Schränken und
 Wandverkleidung 35
 Kissen in guten Stoff 36
 Bettstühle mit Matratze 36
 Korbstuhl mit hoher Lehne 4
Exquisite, feiner, Uhren
 und Kunst- und Kunsthandarbeiten nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

**Winter-Joppen,
 Winter-Paletots,
 Anzüge, Hosen**
 für Herren und Knaben
 enorm billig 5408
 nur Kupferschmiede-Str. 17
Wilhelm Knauerhase.
 Leiter der Weltmacht 1/20 Rabatt.

**ff. Batavia-Arrak,
 Tamaica-Rum,
 französische Kognaks,
 und deutsche
 Fünfsche u. Cafelikhöre**
 empfiehlt 2408
Edwin Delahon
 Breslau, Neumarkt 6.
 Flaschenverkauf
 im Comptoir. Hof. part.

Hienfong Essenz
 bestes Heilmittel für Wiedererkauf
 unter nicht Putzend 2,50 Mk. — Starke
 Qualität 1,40 Mk. Postpaß enthält
 10 Flaschen. Posten liefert
 Apothekente Pöschke'sche Laboratorien
 P. Seifert, Dittersbach No. 77,
 bei Waldenburg (Schlesien).

Stamm-Seidel.
 Vereins-Seidel, [2558]
 Geburtstags-Seidel,
 Hochzeits-Seidel,
 Jubiläums-Seidel,
 in großer Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
 Kupferschmiede-Str. 17.

Damen-Filzhüte
 Filzhut
 billig direkt in der Fabrik
 Neue Graupenstr. 11, Hof,
 Freund & Krebs, 431 9
 Filzhüte werden mod. erneuert.
 Sehr. Präbel aller Art, Gischgründe,
 Rinderwagen, Federbetten laust 15774
 Wähler, Gartenstraße 36.

Parfümerie Schufftan
 Neue Schweidnitzerstr. 17, am Palast-Restaurant.
 Fernsprecher 3183. 5290
 Größtes Lager in- und ausländischer Parfümerien
 und Seifen, Toilette-Artikel aller Art in Schildpatt,
 Eibenbein, Horn, Celluloid etc.
 Nagelpflege, Haarschmuck, Präparate zur Zahn- und Mundpflege.
Größte Auswahl Billige Preise!
 Verlangen Sie kostenfreie Zusendung der neuen illust. Preisliste.
 Umgehender Versand.

**Grosser Weihnachts-Verkauf
 von Uhren und Goldwaren.**
 Durch direkte Verbindung mit den bedeutendsten
 Fabriken, durch Massen- und Kassa-Einkäufe bin ich in der
 Lage, um mein Riesenslager schnellstens zu räumen, zu deut-
 lich billigen Preisen zu verkaufen.
 Herren-Uhren von 3.00 Mk. an
 Silberne Herren- und Damen-Uhren von 6.00 Mk. an
 Goldene Damen-Uhren von 11.50 Mk. an
 Goldene Herren-Uhren von 24.00 Mk. an
 Regulatoren, 1 m lang, mit Schlagwerk von 9.00 Mk. an
 Wecker- und Wanduhren von 1.65 Mk. an
Gravüre, echt Gold mit Reichentempel,
 von 3.00 Mk. an.
 Ketten, Ringe, Brochen, Ohrringe, silberne Stücke etc. etc.
 in kolossaler Auswahl zu außergewöhnlich billigen Preisen
 unter mehrjähriger Garantie.
 Eigene Spezialwerkstatt für Reparaturen.
 Viele Anerkennungs-schreiben. — Preislisten gratis und franco
Albert Möwius, Uhrmacher, Uhren- u. Goldwaren-
 Kupferschmiede-Str. 56, Kaufhaus,
 zu den zwei elektrische
 Straßenuhren.

Neu erschienen:
Sodom u. Gomorra
 (Moltke - Harden - Prozess.)
 Preis 10 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Unstreitig am billigsten
 kaufen Sie 5773
Schuhwaren
 für
 Damen, Herren u. Kinder
 in Filz und Leder. Riesige Auswahl, billige Waren.
Schilders Schuhwaren
 Neue Graupenstr. 7, nahe dem Sonnenplatz,
 Klosterstr. 18.

5 Pfg. - Sumatra-Zigarren
 prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
 100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
 empfiehlt gegen Nachnahme 1051
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
 Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
 Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
 Filialen: Mathiasstraße 16, Ecke Schrotgasse,
 Nummer 35, Friedrich-Greifhofsstraße 15, Klosterstraße 77.

Sachen erscheinen:
Die Urteile der Disziplinargerichte
 gegen Dr. Karl Peters
 gegen Reichskommisar v. D.
 Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.
 Die Urteile der höchsten, von den Schlichtern angehängten beschimpften
 Gerichtshöfe, bilden ein wichtiges kulturhistorisches Dokument, ohne welches
 gewisse historische Zustände ebenso wenig verstanden werden können, wie die
 Persönlichkeit des Peters. Sie enthalten amtliches Material, das bei jeder
 Kolonialdebatte den Gegnern gute Dienste leisten wird.
 Zu beziehen durch: Buchhandlung „Volkswacht“.

Überraschende Neuheit
 garantiert
 unschädlich
 kein Chlor
 kein Reiben
Persil
 Modernes Waschmittel
 für jede Waschmethode passend
 Henkel & Co. Düsseldorf.
 vollständig
 ungefährlich
 kein Waschbrett
 kein Bürsten
 zu haben in allen Kolonialwaren-, Drogen- und Seifen-Geschäften.

2. Sozialdemokratischer Preusentag.

bg. Berlin, 25. November.

Bundschluß tragen wir hier die Reden der letzten Diskussionsredner vom Freitag nach, die wir infolge Stoffandrangs aus der Sonntagnummer fortfallen lassen mußten.

Decker-Magdeburg lenkt die Aufmerksamkeit auf die von Preußen geplante Einführung der Schiffsfahrtsgebühren und befürwortet eine Agitation unter den Innenschiffern, denen bei einem eventl. Massenstreik zur Eroberung des Wahlrechts eine wichtige Rolle zufalle.

Wels-Berlin: Der Augenblickserfolg, die Mandatsjägeri darf uns nicht höher stehen als unsere großen Ziele. Hier an der Wand steht ein Vers: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!“ In dieser Forderung war wenig von dem Einsehen des Lebens und der ganzen Straft zu spüren. Das war vielmehr

Rechnungsträgerci

und nicht die Sprache, die zum Herzen des Volkes bringt, mit der man im arbeitenden Volk die Begeisterung für die Eroberung des Reichstagswahlrechts erwecken kann. Wir bleiben politische Foketen, wenn wir uns im Kampf gegen Junkerherrschaft und Großbourgeoisie auf die Freisinnigen stützen. Die ganze liberale Spitze von links bis rechts taugt nichts. Aus eigener Kraft, gestützt auf eigene Macht müssen wir die Massen in den Kampf führen. Die Liberalen folgen uns nicht, weil sie mit den gegenwärtigen Verhältnissen zufrieden sind. Ich nenne zum Beispiel die Mittel die für mich beim Wahlrechtskampf in Betracht kommen: Steuerverweigerung, Zurückhaltung der Jugend vom Schulbesuch und Niederlegen der Arbeit. Wenn wir uns wie Wachschweiber und Lämmerschwänze benehmen, erreichen wir nichts. Deshalb: Auf in den Kampf! (Großer Beifall.)

Süde - Breslau:

Nach den Ausführungen von Ledebour könnte es scheinen, als hätte ich meine Rede nur gehalten, um Ihnen zu sagen: Wir verlangen, daß der Parteitag bestimmte Richtlinien für die Taktik ansetzt, und dabei habe ich das, was im Ausland geschehen ist und was auch in unserer Presse empfohlen ist, als Beispiel angeführt und mich zuletzt für eine lebhaftere Wahlvorbereitung erklärt. Man kann den sogenannten „Wittgang“ zu Wilow auch anders auffassen, als es Ledebour getan hat, nämlich so, wie es unsere Genossen in Ungarn getan haben. Auch Pennerstorfer hat darauf hingewiesen, daß die österreichischen Genossen zur Erreichung ihres Zweckes jedes Mittel benutzen; sie gehen auf die Straße, aber auch in die Hofburg. (Zuruf: Schlamm genua!) An einen Wittgang denke ich nicht, sondern an das, was vom „Vorwärts“ bei den ungarischen Genossen wurde. Wenn es möglich ist, von Organisation zu Organisation mit den Vertretern der Regierung zu verhandeln, wie es unsere Genossenschaftler mit den Vertretern des Kaiser-Despotismus tun müssen, dann habe ich nichts dagegen und so stehe ich mir den Wittgang vor. Ich verhehle mich nicht darauf, ich will nur, daß wir über Versammlungen und Flugblätter hinaus, andere Mittel suchen, weil ich glaube, daß über die bisherigen Mittel die bürgerliche Gesellschaft mit einem Achselzucken hinweggeht. Ich wünsche, daß wir auch hierüber beraten, wie wir die parlamentarischen Chancen beeinflussen können. Aber wie soll das möglich sein, wenn wir nicht einen Druck auf die Fraktionen ausüben wollen. Dieser Druck kann auch schon bei den Wahlen selbst ausübt werden. Der Zweck meiner Ausführungen war, eine Direktion zu bekommen. Der Ruf allein genügt nicht, wir müssen auch bestimmte Mittel angeben.

Rosenstein-Berlin: Ich gebe Wels darin recht, daß dieser Parteitag nicht vergehen sollte, ohne ein Signal zu einem scharfen

rücksichtslosen Kampf

gegeben zu haben, eines schärferen und rücksichtsloseren Kampfes als bisher. Wie erreichen wir jedoch praktische Erfolge? Wenn man ein konsequenter Feind jedes Kompromisses ist, so versteht ich das. Wenn man jedoch bei den Stichwahlen zusammengeht, so braucht man nicht bis dahin, bis die Gefolgshafter definiert sind, zu warten, sondern kann von vornherein gemeinsam vorgehen. In Betracht kommt dafür natürlich nur der kleine Flügel der freisinnigen Vereinigung in Frage. Wichtige Rollen im Wahlrechtskampf können die Reichstagsfraktion und unsere verschiedenen Landtagsfraktionen abgeben. Auch unsere Stadtverordneten sollten den Ruf nach dem Reichstagswahlrecht bei

jeder Gelegenheit erheben. Im übrigen müssen wir uns

auf den Konflikt vorbereiten, der doch unvermeidlich ist. Gewiß, der Parteivorstand trägt ein schweres Verantwortlichkeitsgefühl. Aber dieses Verantwortlichkeitsgefühl darf nicht überpannt werden. Gehen nicht unter unserem heutigen System täglich Hunderte zu Grunde? Wenn es unser Ziel verlangt, dürfen wir vor keinem Mittel zurückschrecken. Auch der Massenstreik darf nicht aus dem Auge verloren werden. (Beifall.)

Mauernbrecher - Breslau:

Wels Rede stellt wohl die Meinung Großberlins dar und sie hat gewiß in unser aller Brust vernehmlichstliche Gefühle ausgelöst, denn es besteht keine Differenz darüber, daß wir die größte Begeisterung für den Wahlrechtskampf in die Massen hineintragen müssen. Wir kämpfen alle evtl. mit den äußersten Mitteln. Aber diese äußersten Mittel setzen voraus, daß wir mehr hinter uns haben als lediglich die in den Großstädten organisierte Arbeiterschaft. Denn das ist der entscheidende Punkt: weshalb haben wir bisher die stärksten Mittel nicht anwenden können? Weil wir isoliert dastanden. Wir haben wohl die sozialistische Arbeiterschaft auf unserer Seite, aber niemand weiter. Was Wels sagte, das halten wir in Reserve. Voreerst aber zwingen wir Zentrum und Freisinn, Farbe zu bekennen. Weßhalb streichen sie die Forderungen des Reichstagswahlrechts nicht aus ihren Programmen? Weil sie Angst vor ihren Wählern haben. Wenn man in der Kopenstraße eine Rede hält, dann schafft man noch nicht die Situation, die für die Anwendung der Wels'schen Mittel erforderlich ist. Wir müssen auch Kreise über die Arbeiter der Großstädte hinaus für uns gewinnen. Unsere Versammlungsreden nützen nichts, solange sie über den Saal nicht hinausdringen. Die Wahlrechtsfrage ist in einem Jahrzehnt vielleicht die einzige Parole, bei der die Möglichkeit des Ausfalls des nationalen Blocks besteht. Was hier verkehrt wird, ist in einem Jahrzehnt nicht einzuholen. Kein Mensch lehnt die stärksten Mittel so ipso ab. Das wäre Idiotismus. Aber zuerst wollen wir einmal die Kleinbürger, Kleinbauern und christlichen Arbeiter gewinnen. (Beifall.)

Wurm:

Die Voraussetzungen, von denen der Vordredner ausging, waren richtig, seine Schlussfolgerungen aber sind falsch. In Frankfurt hat man so gut wie gar nicht vom Wahlrecht gesprochen, der beste Beweis dafür, daß wir den Freisinn nicht befehlen können. Wir dürfen den Glauben nicht aufkommen lassen, daß in der Wahlrechtsfrage vom 9. Juni etwas zu erwarten ist. Wir müssen vielmehr einen Keil in den Liberalismus hineintreiben. Wir müssen diejenigen Schichten, die mit Zentrum und Freisinn gehen in der Meinung, es seien demokratische Parteien, aufklären über deren wahren volksfeindlichen Charakter. Den Freisinnigen ist der Arbeiter der größere Feind gegenüber den Junkern. (Zuruf.) Bei den letzten Wahlen haben wir es ja gesehen. Arm in Arm mit den Junkern gingen die freisinnigen Kommerzienräte. Die Isolierung der Sozialdemokratie, von der Mauernbrecher sprach, ist eine Splendid-Isolation. Sie zeigt, daß nur durch die Sozialdemokraten die Sozialinteressen vertreten werden. Selbst Vobe hält nichts mehr vom Freisinn, der doch so gar Vernunft hat durchfallen lassen. Nichts sollte uns ferner liegen als Mandatsjägeri. Die kann man nur annehmen, daß, wenn die Liberalen im Landtage ein paar Dugend mehr bekommen, nur die Reaktion aufgehoben würde. Je stärker wir werden, desto stärker wird auch die Reaktion. Wenn in anderen Ländern unsere Genossen noch zu Hofe gehen und dort geduldet werden, so beweist das eben, wie schwach die Sozialdemokratie ist. Erobern wollen wir Mandate, nicht erschleichen und ergattern, wir wollen handeln und nicht handeln. (Gr. Beifall.)

Genosse Parteisekretär Müller: Man kann nicht auf Jahre hinaus die Taktik festlegen, auch nicht auf ein Jahr hinaus. Ich erinnere an die letzten Reichstagswahlen. Wer ahnte nur auch einige Wochen vor der Auflösung, daß wir in eine Schlachtlinie mit dem Zentrum gedrängt würden. Es ist eine Illusion, anzunehmen, daß wir weite bürgerliche Kreise zu uns herüberziehen könnten. Maßgebend ist da für uns die Erklärung des Genossen Singer: Jeder aus dem bürgerlichen Lager, der uns helfen will, ist uns willkommen. Damit ist die Frage für uns erledigt. Wenn wir sagen, wir werden alle Mittel anwenden, so muß auch das für heute genügen. Welche Mittel und wann wir sie anwenden wollen, entscheidet der Augenblick. Es ist unklug, immerfort zu sagen heute erreichen wir noch nichts, wir müssen erst ein Menschenalter hinter uns haben. Wir müssen einfach arbeiten, bis das Ziel da ist. Rosenstein deutete an, als ob der Parteivorstand ein zu großes Verantwortlichkeitsgefühl hätte und zu früh bräme. Gewiß, wir haben eine große Verantwortung, aber wir haben sie auch gegenüber der historischen Mission der Arbeiterklasse. (Beifall.) Der Parteivorstand tut seine Pflicht

und Schuldigkeit. Im geeigneten Moment wird er zum Kampf aufrufen.

Seit Monaten hat er die Vorbereitungen ausgearbeitet, so daß bis ins kleinste Detail das preussische Volk aufgestellt werden kann. Ich kann hier die Einzelheiten nicht aufzählen. Aber Sie dürfen zum Parteivorstand das Vertrauen haben, daß er den richtigen Zeitpunkt nicht verpassen wird. Ueberall, wo Preußen zusammenkommen, muß der Ruf erklingen: Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht! (Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Abler-Kiel (Schlußwort): Wir werden den Kampf erfolgreich beenden, denn hinter uns steht eine Armee, mit mehr Disziplin, wie das preussische Heer, und mit der mehr zu erreichen ist, als mit dem preussischen Herr. (Beifall.)

Dr. Krons-Berlin (Schlußwort): Der Kampf muß mit aller Energie geführt werden. Erreichen wir 1908 das Reichstagswahlrecht nicht, dann wird es Aufgabe der neuerrichteten Landeskommission sein, die dann notwendigerweise weitere Schritte zu ergreifen.

Die Resolution Krons-Abler wird, wie schon gemeldet, angenommen.

Dritter Verhandlungstag.

Samstags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Bundschluß erstattet

Saase-Königsberg

den Bericht der Kommission zur Vorbereitung des Organisationsstatutes.

Die Kommission hat in en Auftrag ausgeführt und das Ergebnis ihrer Arbeiten in dem vorliegenden Entwurf niedergelegt. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

Statut der Landesorganisation für Preußen.

§ 1.

Zur Wahrnehmung gemeinsamer Parteinteressen wird gemäß § 5 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei eine Landesorganisation für Preußen gebildet.

§ 2.

Organe der Landesorganisation sind: Die Landeskommission und deren geschäftsführender Ausschuß, die Bezirkskommissionen (die Agitationskommission der Bezirksverbände) und die Vorstände der Wahlkreisorganisationen.

§ 3.

Die Landeskommission besteht aus je einem Mitglied jedes Wahlkreises in Preußen; jedes Komitee bestimmt das Mitglied selbst und hat, falls dieses verhindert ist, für dessen Vertretung zu sorgen.

Als geschäftsführender Ausschuß der Landeskommission fungieren der Vorsitzende der Schriftführer und der Kassierer der Parteiorganisation Groß-Berlins.

§ 4.

Die Landeskommission und ihr geschäftsführender Ausschuß haben die Parteigeschäfte im Einvernehmen mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erledigen, der zu allen Sitzungen einzuladen ist. Die Landeskommission tritt in der Regel jährlich einmal zusammen. Außerdem wird noch der geschäftsführende Ausschuß vor der Einleitung aller für ganz Preußen geplanten wichtigen Parteialaktionen mit ihr rechtzeitig in Verbindung setzen.

§ 5.

Die oberste Vertretung der Landesorganisation ist der preussische Parteitag. Er findet alle zwei Jahre statt und ist von der Landeskommission einzuberufen.

Zur Teilnahme an dem Parteitag sind berechtigt:

- a) die Delegierten der Wahlkreise mit der Maßgabe, daß kein Wahlkreis mehr als 3 Delegierte entsenden darf;
b) die Delegierten der sozialdemokratischen Frauen-Preußens;
c) die sozialdemokratischen Reichstags- und die Landtagsabgeordneten Preußens;
d) die Landeskommission und der geschäftsführende Ausschuß;
e) der Parteivorstand.

§ 6.

- Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
a) Prüfung der Mandate;
b) Entgegennahme der Berichte der Landeskommission sowie des geschäftsführenden Ausschusses und der Landtagsabgeordneten Preußens;
c) Beratung und Beschlussfassung über alle das Parteileben Preußens betreffende Fragen;
d) Beschlussfassung über alle eingereichten Anträge;
e) Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag.

Aus aller Welt.

Der Viebrücker Löwe. (Eine Legende - Geographie.) Vor einigen Monaten hatten wir berichtet, so schreibt die „Berl. Volksztg.“, daß auf Verreiben von Leg. Feingehörigen Leuten mit dem bekannten perverlen Schamgefühl an dem Löwen von Viebrück, der auf dem Friederichsdenkmal vor der katholischen Kirche aufgestellt ist, eine Operation vorgenommen worden war, die ihn, wenn er ein lebender Mensch gewesen wäre, in den Stand der Eunuchen oder der Knabenjäger der päpstlichen kirchlichen Kapelle versetzt haben würde. Die Empörung aller anständigen Menschen über diese Untat eines perverlen Eitelkeitsgeißels war allgemein. Insbesondere war es der Viebrücker Kriegerverein selbst, der die Schändung seines Löwen als eine Schandung aller Bernunft und Eitelkeit empfand, zugleich aber auch als eine Wamge für die ganze Stadt, in der eine derartige Leg. Feingewaltige Verschandelung eines öffentlichen Denkmals möglich war.

Jetzt ist den Folgen des frommen Aufzugs ein Ende bereitet worden. Die Attribute der Männlichkeit, die dem Löwen geraubt worden waren, sind am 16. November wieder zu Ehren gekommen. Ein Wildhauer hat in einstußiger fleißiger Arbeit das Seltene getan, um den gemißhandelten Löwen wieder aus dem ihm aufgedrungenen Zustande der sexuellen Unbestimmtheit zu befreien und sein Denkmalsdasein in den früheren ehrenvollen Stand zurückzubringen.

Der Viebrücker Löwe aber und die Geschichte seiner Eunuchisierung wird trotz alledem für alle Zeiten ein Denkmal bleiben der irregulierten Eitelkeitswut, von der die Frommen in deutschen Landen um die Wende des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, zur Zeit der epidemischen Leg. Feingewalt, ergriffen waren.

Der Wunder-Rabbi als Kritiker. Wer kennt nicht die Geschichte vom Wunder-Rabbi, der eine Szene in einem fernen Ort beschreibt, die er nur mit dem geistigen Auge sieht - es ist zwar alles fahlich, aber der „Rid“ von Sabagora nach Krakau ist doch großartig! Der Wunder-Rabbi scheint jetzt in die Dienste des „Wiener Deutschen Tagblattes“ getreten zu sein, denn in der „Wiener Ausgabe des Wiener Deutschen Tagblattes“ vom 21. d. M. ist unter „Kunst- und Wissenschaft“ folgende Rezension zu lesen:

Sopoverntheater. Um den schönen Stimmen, die unsere Sopranen an den Herren Demusz, Siegel und Mayer besitzen, Gelegenheit zu geben, sich wieder einmal ordentlich auszuheben, wurde gestern nach vierstündiger Pause weder der Verurteilten, noch dem „Gernani“ dem „Sopranen“ unserer Sopranen zu gewinnen, diese frevelhafte Verurteilung an dem dramatischen Gedicht Viktor Gurok, die überdies einen toten Punkt im Schaffen

Verbis bedeutet. Um Opem dieses Schlags heute einen Schein von Lebensmöglichkeit zu retten, dazu bedarf es mehr als schäblicher Stimmen. Da müssen südliche Temperamente zu Hilfe kommen, die alle ästhetischen Bedenken über den Haufen reuen. Gewiß, die drei genannten Herren sanzen gestern mit dem ganzen Angebot ihrer schönen Mittel, und auch Fräulein Wlad schloß sich ihnen erfolgreich an. Und dennoch wollte es nicht gelingen, neu zu beladen, was an dem jungen Verbis tot ist. Wozu also stets von neuem das gleiche Experiment, das sich immer wieder als unfruchtbar erweist?

Der Kritiker hat ganz recht: die Neubesetzung konnte nicht gelingen - vornehmlich aus dem Grunde, weil, wie unser doctiges Heuberblatt mittelst, die Ausführung von „Gernani“ überhaupt nicht stattgefunden hat. Wegen Entzahnung eines Säugers, und zwar eines von denen, die der Regent lobt, wurde die Vorstellung abgesetzt und „Wlad“ gegeben. Es ist nicht ganz unglücklich, über Dinge zu berichten, die man nicht gesehen hat. Das gilt auch für andere! ... Wir sagen mit dem Kritiker: Wozu also stets von neuem das gleiche Experiment, das sich immer wieder als unfruchtbar erweist? Macht nichts, der Kid von der Redaktion des „Wiener Deutschen Tagblattes“ in die Hosoper ist doch großartig!

Wie anders als in Kalfan! Ueber die „fromme Stadt Kalbe“ schreibt man der „Nat.-Ztg.“: Wenn ich ein Dichter wäre, würde ich das Südtischen Kalbe an der Mitte befragen und so - in den höchsten Tönen. Warum? wird der Leser fragen. Nun, weil in Kalbe, das nahe an 2000 Einwohner zählt, seit den angehenden niemand gefessen hat; man verfrachte mich recht, im Gefängnis nämlich. Letztlich war der Erste Staatsanwalt aus Stendal in Kalbe und wollte eine Gefängnisrevision vornehmen, konnte sein Vorhaben aber nicht ausführen, da in Kalbe niemand ist, obwohl sich sogar ein Amtsgesicht daselbst befindet. Trotz Zementfabrik und Dampfzuckerwerk, Molkerei, Hopfen-, Tabak- und Kammelmühle sowie Brauerei kommt nicht einmal ein Arbeiter nach dem Orte, um das historische Wahrzeichen, das leere Kalbener Gefängnis, zu gieren und dem schon alten Ruhme endlich ein würdevolles Ende zu machen. Wie die Kalbener das wohl anfangen mögen, um so rein vor der Polizei und des Gerichtes Augen durch das Verbrechen zu wachen? Jedenfalls verdient Kalbe an der Milde die Palme unter allen Städten Preußens ob der Reinheit des Lebenswandels seiner Bürger. Und mit Wehmuth denken wir der Unmöglichkeit, die „Volkswacht“-Redaktion in Kalbe wohnen zu lassen. Oder? Sollte dann der ideale Zustand ein jähes Ende nehmen?

Ein böser Aechter. Das Komitee der römischen Katholiken hat beschlossen, die Katholiken der ganzen Welt zu ersuchen, gegen die Wahl des Bürgermeisters von Rom einzuwirken.

zu erheben. Der Bürgermeister Nathan ist jüdischer Konfession und Oberhaupt der internationalen Freimaurerei.

Er will ins Zuchthaus. Der Feingoldschläger August Meiler von Nürnberg verbißt zur Zeit wegen Diebstahl 11 Monate Gefängnis und zwar in der Gefangenen-Anstalt Lichtenau. Dort wird er und die übrigen Gefangenen äußerst schlecht behandelt und seine Beschwerden hiergegen kommen nach seiner Ueberzeugung nicht an die richtige Stelle. Er bezichtigte sich nun eines Fahrrad-Diebstahls, der 5 Jahre zurück liegt, in der Hoffnung, er werde als oft rückfälliger Dieb dann aus der Anstalt Lichtenau heraus ins Zuchthaus kommen. Das Landgericht Nürnberg, das nun über den selbst-angezeigten Diebstahl verhandelte, hat zwar den Diebstahl eines Rades zu der von dem Meiler angegebenen Zeit festgestellt, daß aber der Meiler der Dieb ist, darüber fehlt jeder Anhaltspunkt, das Gericht war lediglich auf das „Geständnis“ des Angeklagten angewiesen. Es verurteilte ihn seinem flehentlichen Wunsch gemäß zu 1 Jahr Zuchthaus. Der Mann muß aber die erwähnten 11 Monate Gefängnis trotzdem noch im Gefängnis Lichtenau verbüßen, weil diese Strafe nach Lage der Umstände mit der neuerlichen Zuchthausstrafe nicht verschmolzen werden kann. Diese Ausführungen des Vorsitzenden hat der Mann aber nicht verstanden, denn er sagte nach der Urteilsverkündung: „Also jetzt komme ich ins Zuchthaus?“ - „Ja, ja“, meinte ein Richter lachend. - „Ich danke schön!“ bemerkte der Verurteilte und folgte erfreut dem Gardemann.

Welch fürchtbare Dualen muß der Mensch dort in Lichtenau zu erdulden haben, wenn er sich freiwillig ins Zuchthaus meldet nur um aus diesem Gefängnis heraus zu kommen! Uebrigens hat erst im Frühling dieses Jahres die Augsburgische Volkszeitung schwere Mißstände aus diesem gefürchteten Gefängnis aufgedeckt ohne daß von maßgebender Stelle dagegen Widerspruch erhoben worden wäre.

Die Moral des Dolkmännchens. In dem Urtheile, das gegenwärtig von dem Chicagoer Gericht gegen den dritten Herrn Großhändler J. H. Walsh wegen Veruntreuung von 1,5 Millionen Dollars ausgesprochen ist, wird

Spätestens sechs Wochen vor Einberufung des Parteitag... die Landeskommission den einzelnen Wahlkreisen und Bezirkskomitees einen Rechenschaftsbericht zu übermitteln und den Termin, sowie die provisorische Tagesordnung bekannt zu machen. Die Bekanntmachung ist mindestens zweimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Alle Anträge zum Parteitag sind spätestens drei Wochen vor seiner Tagung bei der Landeskommission einzureichen, die verpflichtet ist, die Anträge spätestens zwei Wochen vor dem Parteitage zweimal hintereinander zu veröffentlichen.

Die Veröffentlichungen erfolgen im „Vorwärts“.

Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden durch Mehrheitsbeschluss der Landeskommission.

Auf Antrag von sieben Bezirkskomitees ist die Landeskommission zur Einberufung eines solchen Parteitages innerhalb vier Wochen verpflichtet. Weigert sich die Landeskommission, so hat die Einberufung durch die Vorsitzenden der beantragenden Bezirkskomitees zu geschehen.

Die Geschäftsbestimmungen sollen für die außerordentlichen Parteitage fort.

Die Abgeordneten und die Landeskommission haben in allen Fragen, welche ihre parlamentarische Tätigkeit oder ihre Geschäftsführung betreffen, kein Stimmrecht.

Die Kosten für die Kreisdelegationen zu den Parteitagen trägt jeder Kreisverein, die Kosten für die Zusammenkünfte der Landeskommission trägt jeder Bezirksverband. Die Kosten des geschäftsführenden Ausschusses werden von den Bezirksverbänden im Verhältnis zu der Zahl ihrer Mitglieder durch Umlageverfahren erhoben.

Die Vorsitzenden der Kreisvereine und der Bezirkskomitees sind verpflichtet, ihre Adressen dem geschäftsführenden Ausschuss der Landeskommission mitzuteilen und von jeder Änderung Kenntnis zu geben.

Saase berichtet erläuternd, daß die Kommission es abgesehen habe, einen eigenen Landesvorstand neben dem Parteivorstand zu schaffen. Die fortgesetzte Höchstzahl der Delegierten bedeute keine Ungerechtigkeit für die kleineren Kreise, denn den großen Kreisen mit über 10000 Mitgliedern seien mit 5 Delegierten sicher nicht zu viel Rechte eingeräumt.

Ein Antrag Arnons will den § 2 wie folgt gefaßt wissen: Die besonderen Organe der Landesorganisationen sind der preussische Parteitag, der von diesem gewählte Landesvorstand und eine Landeskommission.

Der § 1 wird dekretlos angenommen.

Bei § 2 begründet Arnons seinen Antrag: Meine Bedenken gegen den ganzen Aufbau der Organisation sind nicht geschwunden. Ich will einen vom Parteitag gewählten selbständigen Parteivorstand und dann eine Landeskommission, die unabhängig die gleichen Befugnisse haben soll, wie die Landeskommission in der deutschen Partei. Nach dem Entwurf der Kommission hat die Landeskommission nicht mehr Rechte, wie die vereinigten Landtage in der absoluten Monarchie. Der preussische Parteitag ist nach dem Entwurf ein Parlament, das uns zu variieren hätte, aber nichts durchsetzen kann. Wie soll z. B. der preussische Parteitag seinen Willen gegen den deutschen Parteivorstand durchsetzen.

Dittmann-Brandenburg a. M.: Der Vergleich mit den vereinigten Landtagen paßt nicht. Denn wir haben im deutschen Parteitag eine Spitze, die auf der breitesten demokratischen Grundlage beruht. (Sehr richtig!) Auf dem deutschen Parteitag sind auch die preussischen Genossen anwesend und werden den deutschen Parteivorstand schon zur Rechenhaftigkeit ziehen, wenn er Beschlüsse des preussischen Parteitages nicht ausführen will. Deshalb sind die Bedenken des Genossen Arnons hinänglich. Damit schließt die Debatte.

Anschließend wird über § 2 der Kommissionsvorlage abgestimmt. Das Resultat ist die Annahme entsprechend dem Kommissionsvorschlag unter Ablehnung des Antrages Arnons. Die Abstimmung hierüber ist eine namentliche; es stimmten 20 Delegierte für und 175 gegen den Antrag Arnons. Für den Antrag Arnons stimmten: Arnons-Berlin, Dr. Forchardt-Charlottenburg, Strubns-Kattowitz, Baumann-Altona, Bernheim-Berlin, Heinrich-Altona, Hörling-Berlin, König-Görlitz, Löbe-Breslau, Lohse-Striegau, Paul-Müller-Hamburg, Maurenbrecher-Sorau, Pank-Linden, Rauch-Limmer, v. Rosshigh-Wandshel, Schmidt-Linden, Schumann-Eilenburg, Schütz-Breslau, Tugauer-Breslau, Wolferski-Berlin.

gab der Anwalt des Angeklagten zu seiner Verteidigung folgende Theorie zum besten: Die gewöhnlichen Gesetze können nach Ansicht Walchs für die Feldherren auf dem Finanzgebiete nicht bindend sein; für sie gelte die nachkolonialische Theorie, daß der Erfolg allein entscheidend sei. Nach immer habe der Erfolg die Finanzgenies, die sich über einschneidende gesetzliche Bestimmungen hinwegsetzten, gerechtfertigt; nur bei Fehlchancen wurde ihnen daraus ein Strich gedreht. Gerade dem Banker, die sich von ihm geschädigt fühlen, habe er durch seine formelle Nichtachtung stammarischer Vorurteile große Verluste erspart. (Die Moralbegeisterung des Herrn Walch erregte lebhaft und recht zeitgemäß an die Erinnerung des Herrn von Dierheim vor dem Gericht zum Wiener Krach, daß man nicht Millionen verdienen, ohne mit dem Kermel das Inchtanz zu streifen. D. Red.)

Neue Erdhöhe in Calabrien. Aus dem schwererdrückten Calabrien, das erst kürzlich von schweren Erdbebenkatastrophen heimgesucht wurde, werden neue Erdhöhen gemeldet. Einem Teleogramm aus Reggio zufolge erstreckte ein starker Erdstoß Brancalano, Bianco, Ferrigno und andere Dörfer in dieser Gegend. Der Bewohner hat sich eine Familie bemächtigt; sie lagern trotz des schlechten Wetters unter freiem Himmel. Am 3. Uge wurde ein zweites, weniger heftiges Erdbeben verripart.

Geborene Ordnung - Säule. Der Duisburger Stadverordnete Johann Marx, Obermeister der dortigen Fischweiermann, hat sich Beschäftigungen im Betrage von einer halben Million Mark zu schulden kommen lassen. Als sich die Fälligkeiten nicht mehr verdecken ließen, ist er erschossen und hat Selbstmord begangen.

Ein abenteuerlicher Fingerring von Belgoland. Unternehmen de Watson-Artilleristen Bille und Winkmann der 2. Artillerie-Abteilung. Sie hatten in der Nacht zum Sonntag in einem kleinen Boote Belgoland verlassen und obgleich die Fälligkeiten sofort durch das Noterboot der Biologischen Station, eines Marineoffiziers und mehrere Torpedoboote verfolgt wurden, gelang es nicht, ihrer habhaft zu werden, da infolge des bewährten Hinweises eine Fährschiff unmöglich war. Erst Freitag sind die Ausreißer von dem Fährschiff der Antler „Edelweiß“ 20 Meilen nordwestlich von Belgoland aufgenommen und wohlbehalten wieder in Belgoland gelandet worden. Die armen Teufel werden sich demnächst wegen Fahnenflucht vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

Neue Chronik. Das große Los der Preussischen Lotterie wurde am Samstag 23.11.1906 gezogen. Der Gewinn in Höhe von 500.000 Mark ist in die Hände von Gustav Seifert nach Giesack gefallen. Das große Los wird von Neuen und mittleren Geschäftslenten gepieit. Drei außerordentlich starke Erdbeben wurden auf der Erdbebenkarte in Ostpreußen im Giesack notiert. Die im Giesack notierten Erdbeben übertrafen an Stärke alle letzten Beben und lassen auf sehr heftige Erdveränderungen schließen. Der Ort der Erdbeben ist noch unbekannt. Die Serpentinäuzerin La Savants wurde im

Ohne Weibatte gelangen die §§ 1, 3 und 4 in der Kommissionsfassung zur Annahme. In § 6, der die Vertretung zum preussischen Parteitag regelt, beantragt

Zu § 6 beantragt Löbe-Breslau die Vertretung so zu regeln wie zum deutschen Parteitag d. h. generell zu sagen: „Kein Kreis darf mehr als drei Delegierte entsenden.“ Heute habe auf dem preussischen Parteitag Groß-Berlin fast 60 Delegierte und werde nach dem Statut in der Fassung der Kommission noch 10-15 weitere Delegierte bekommen. Die schwebenden Ungleichheiten in seinem Antrag würden durch die Finanzkraft der großen Städte ausgeglichen. Die kleineren Kreise würden die drei Delegierten meistens nicht ausfüllen können. So seien die 14 vormaligen Reichstagswahlkreise nur durch 4 Delegierte vertreten.

Maurenbrecher-Sorau ist prinzipiell für den Antrag Löbe. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages stelle er jedoch den Antrag, daß schon von 600 Mitgliedern an die Entsendung von 2 Delegierten gestattet ist. Der Antrag Löbe wird mit großer Mehrheit angenommen. Alle anderen Anträge sind damit erledigt. Der Rest des Statuts wird debattelos angenommen, ebenso in der Gesamtsitzung das nach dem Antrag Löbe abgeänderte Statut. Gegen das Statut stimmen nur etwa 10 Delegierte.

Als Ort für den nächsten preussischen Parteitag wird Berlin gewählt.

Arbeiterbewegung.

Eine neue Schramacher-Organisation für Groß-Berlin. Freitags fand im Sitzungssaal des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller die Gründung einer neuen Organisation unter dem Namen „Partei der Arbeitgeberverbände in den Baugewerben Groß-Berlins“ statt. Das Kartell hat die Aufgabe, den angeschlossenen Verbänden bei gewerblichen Kämpfen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, den als unredlich (?) erkannten Forderungen der Arbeitnehmer in wirksamer Weise entgegenzutreten und verdrängte (?) Forderungen zur Anerkennung zu bringen, und verweist ferner die Regelung der Tarifverträge und des Arbeitsnachweises, die Einführung einer Streikunterstützung und Streiklawel, Bekämpfung des Sympathie- und Solidaritätsstreikes und Förderung der Organisation der Arbeitgeber. — Mehr kann man ja vorläufig von der neuen Organisation nicht verlangen. Aber so leicht geht bekanntlich die Geschichte nicht, da bei der Durchführung des Programms auch der andere Teil — die Arbeiter auch ein ganz wichtiges Wort mitzureden haben.

Lohn erhöhungen für die städtischen Arbeiter in Nürnberg. Der Magistrat von Nürnberg bewilligte, wie von dort berichtet wird, 150.000 Mark zu Lohn erhöhungen für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Zulage pro Person beträgt durchschnittlich 95 Mark.

Gasarbeitersstreik zu Mannheim. In der städtischen Gasanstalt treten Sonnabend die Arbeiter in den Ausstand, weil einigen von ihnen pro Tag 30 Pfennig von ihrem bisherigen Lohne abgezogen wurden.

Zusammenschluß. Der Verein der Angestellten in Cafés in Berlin hat seinen Beitritt in den Verband der Gastwirtschaftlichen mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Die Verschmelzung wird jetzt auch im ganzen Reich durchgeführt werden und überall da, wo eine genügende Zahl Angestellter vorhanden ist, eigene Sektionen und Verwaltungsgestalten für sie im Gastwirtschaftlichenverbände eingerichtet.

Zentralisten und Lokalisten. Mit der Frage der Verschmelzung der beiden gewerkschaftlichen Richtungen im Baugewerbe beschäftigte sich am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung des (lokalistischen) Vereins der Zimmerer in Berlin. Für die in nächster Zeit stattfindenden Einigungsverhandlungen wurde der Geschäftsleitung und dem Vorstande eine Reihe von Forderungen unterbreitet, deren Erfüllung die Vorbedingung für die Verschmelzung bilden soll. Die wichtigste Forderung der Lokalisten geht dahin, daß ihnen auch nach dem Beitritt zum Zentralverband das uneingeschränkte Recht der politischen Betätigung im Sinne des bisherigen Programms der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften gewahrt werde. Ferner soll das in den Zentralverbänden übliche Delegierten-system aufgehoben werden und für alle wichtigen Beschlüsse die Generalversammlung der Mitglieder zuständig sein.

Zu Glasergewerbe zu Weimar ist es zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. Die Arbeitszeit wurde dabei auf 9 1/2 Stunden festgesetzt. Der bisherige Normallohn von 42 Pfennigen pro Stunde ist um 10 Prozent erhöht worden. Für Überstunden wird 10 Pf. mehr bezahlt, für Sonntagsarbeit wurde ein Zuschlag von 20 Pfennigen pro Stunde eingeführt. Außerdem ist die Überland-

Düsseldorfer Apollitheater nach Absolvierung ihrer Nummer vom Festschlag getroffen und verbrannt, als sie eben die Garderobe betreten hatte. — Zwei Geistesranke, ein Juwelier aus Giesleben und eine Rentierfrau in Halle haben, nach der Volk. Zig., durch Selbstmord gramlos getötet. Die Frau brach sich mit Petroleum und zündete dieses dann an, und der Mann ließ sich von der Hafenbahn den Kopf abschießen. — Die Rentiere Volmar in Neuenhulsen bei Stade wurde in ihrer Wohnung ermordet und am Kopfe verstimmt aufgefunden. Das Haus war vollständig ausgeraubt; alle Wert- und Geldsachen fehlten. Der Tat verdächtig sind zwei Kroaten, welche verschwunden sind.

Ein neuer Hochverratsprozess. Wie uns aus Leipzig gemeldet wird, hat der Reichsanwalt Anklage wegen Hochverrat erhoben gegen den Verfasser eines Gedichtes „Rezept wider den Krieg“, worin die Aufreißung zum Militärstreik im Kriegsjahr gefordert wird. Das Reichsgericht hat sich dieser Anklage angeschlossen und die Eröffnung des Verfahrens beschlossen. Das Gedicht lautet (etwas gekürzt):

Die Löwen läubeln mit den Bären Gar einen furchterlichen Krieg. Die Wasser fließ in beiden Herrea Das Blut. Der blutige Sieg Wand diesem hier, dort jenem Kronen. Der Kern der beiden Nationen Lag schon im trunken Sand verscharrt. Ein schlauer Bär, ein weißer Kappz, Ward jaß beim Anfang einer Schlacht Zum Herr der Bären eingetracht. — „De! weshalb kriegt man, Oheim Kappe?“ — „Weshalb? Dir weil der Herr der Bären Den wahren Kränke.“ — „Kapverrien!“ — „Nef Pex.“ — „O, Brüder, ihr seid dumme Wie Menschen!“ Laßt die Zwei sich schlagen Und leht in eure Höhle um: Was gilt's, sie werden sich vertrauen.“ — Die Hasbarn brummen Fetzen Hat Von Glied zu Glied. Im Hund erjahren Die Löwen ihn durch die Panduren Der Vorwacht. Hauptmann und Solbat Zug ab, bis auf die zwei Monarchen. Sie machen bitten, brüllen, schanzachen: Haaßhaft, man ließ sie lieb'n und droh'n. Und weil sie unter beiden Scharen, Die allerfrühesten Menschen waren, So schlichen sie sich auch davon.“

Nachträglich geht uns die telegraphische Mitteilung zu, daß das Verfahren eingestellt ist, weil es sich herausgestellt hat, daß der Verfasser ein emeritierter Goltlieb Conrad Pfeffel ist, der schon im Frühjahr 1899 im Alter von 72 Jahren starb.

arbeit geregelt worden, durch eine paritätisch zusammengesetzte Schlichtungskommission werden einmalige Streitigkeiten geregelt. Der Vertrag geht bis zum 1. Juli 1909, er läuft aber noch auf ein Jahr weiter, wenn er nicht vorher gelündigt wird.

Der Verband der Rottorbamer Hafenarbeiter hat unter Annahme der Bedingungen der Vereinigung der Hecker die Preisblauung des Ausstaus beschlossen.

Ein Verband der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ist vor kurzem in Morche nster von G a b l o n g (Böhmen) gegründet worden. Nachdem die böhmische Staatshilfe die Stanten dieser aus modernen gewerkschaftlichen Geiste geborenen Gewerkschaftsorganisation mehrere Male zurückgewiesen hatte, fand die gesetzlichen Schwierigkeiten nunmehr überwunden und die konstituierende Versammlung konnte abgehalten werden. Es sind zunächst die zahlreichen Waldarbeiter, die in den großen Waldbesitzenden des Riesenschatzes und seiner Ausläufer arbeiten, die dem Verband in großer Zahl beigetreten sind. Die Verbandsleitung liegt vorläufig in den Händen von G a b l o n g s Genossen. Nach den vielen Zuschriften zu urteilen, welche die Verbandsleitung empfangt, werden sich bald weitere Ortsgruppen dem Verbands angeschlossen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. November.

Geschichtskalender.

25. November.

1785 Ende des polnischen Reiches. 1900 Reichstagsabgeordneter Genosse A. Dreesbach f.

* Verhafteter Gewerkschafter. Bekanntlich wurde selnerzeit der Metallarbeiter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, M a d e l, plötzlich seines Postens enthoben, weil er sich in seiner Geschäftsführung so arge Dinge zu schulden kommen lassen. Um nun in den Kreisen der Berufsgenossen den Vorfall möglichst zu verschleiern, verlegten sich einige überreißige Hirsche auf die bekannte Taktik: „Halte den Dieb“. Der Ortsbeamte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse G a b a l war einem Rufe nach Borschem gefolgt und die Hirsche verstreuten daraufhin das Gerücht, daß Gabal wegen Unterschlagungen von Breslau fortgekommen sei. So behauptete der Schmied August P a u l e in einer Restauration, Gabal habe 450 Mk. unterschlagen. Das war eine arge Verleumdung, die um so schlimmer war, als ja unter den Breslauer Metallarbeitern allgemein bekannt ist, daß Genosse Gabal in seiner Breslauer Stellung mit Kassengeschäften gar nichts zu tun hatte und somit Unterschlagungen überhaupt nicht hätte verüben können. Also lebhaftig um den Verband mit Schmutz zu bewerfen und die allgemeine Aufmerksamkeit von Madel abzulenken, hatte auch der Schmied August P a u l e das erlogene Gerücht über Gabal verbreitet. Selbstredend kann der Metallarbeiterverband nicht dulden, daß derartige erlogene Gerüchte verbreitet werden, die geeignet sind, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten. Deshalb sah sich Gabal veranlaßt, Strafantrag zu stellen. Vor Gericht mußte selbst der Verteidiger des Angeklagten zugeben, daß die Behauptungen seines Mandanten un wahr gewesen seien. Er hat nur als strafmildernd in Berücksichtigung zu ziehen, daß P a u l e das Opfer eines allerdings unbegründeten Gerüchts geworden sei, das damals unter Arbeitern verbreitet war und das er geglaubt habe. Das Urteil lautete auf zwanzig Mark Geldstrafe. Die Strafe hätte sich P a u l e gewiß sparen können, wenn er sich rechtzeitig zu einer Abbitte bereit gefunden hätte. Dem Metallarbeiterverbande lag an sich nichts an der Bestrafung eines armen Teufels, nur seinen Schild mußte er blank halten.

* Gegen die Bäckereiverordnung, die endlich einmal in unseren Bäckereien wenigstens einigermaßen ordentliche, hygienisch einwandfreie Zustände schaffen will, laufen nunmehr nach den Hauszuartern die Bäckereimeister Sturm. In einer am Freitag abgehaltenen Innungsverammlung besaßen die Herren den bewunderungswürdigen Mut, zu erklären, daß sich noch niemals im Bäckereigewerbe sanitäre und hygienische Schäden aus den jetzt bestehenden Einrichtungen ergeben hätten! Das ist in der Tat mehr als stark. Dugende, ja hunderte von Gerichtsverhandlungen haben uns mit ihren Enthüllungen unsauberster Backstubengeheimnisse oft genug schon den Appetit gründlich verdorben, einwandfreie Erhebungen haben die grauerregendsten Zustände aufgedeckt, aber die Herren Innungsmeister wollen der Welt aufbinden, daß in ihren Bäckereien alles in bester Ordnung sei. „Neuerst gefährdend für das schon schwer bedrückte Bäckergewerbe“ soll die neue Verordnung sein. Ach die armen Ritter vom Backtrog! Die bejammernswürdigen, ausgehungerten Gestalten! Nächstens werden sie wirklich einen Verein pleitegegangener Bäckereimeister gründen. Doch Scherz bei Seite. Wir haben von der Not der Herren Bäckereimeister noch nichts bemerkt. Aber wenn durch die Bestimmungen der Verordnung wirklich ein großer Teil der Bäckereien bedroht sein sollte, nun dann fort mit ihnen, denn ihnen fehlt dann jede Existenzberechtigung, weil sie sich nur auf Kosten der Gesundheit und des Wohlbefindens anderer am Leben erhalten können.

* Die Direktion des Breslauer Konsum-Vereins macht im Infiratenheil der heutigen Nummer darauf aufmerksam, daß während der Zeit vom 1. Dezember d. J. bis 4. Januar 1908 Auszahlungen aus dem Geschäftsguthaben der Vereinsmitglieder nicht stattfinden. Dagegen werden die auf 10 Mark lautenden Gegenmarken aus 1907 bis 4. Januar n. J. mit 1 Mark für das Stück eingelöst und zwar im Vereinsbureau, Kreuzstraße 28, sowie in den auswärtigen Verkaufsstellen. Gleichzeitig richtet die Direktion das bringende Ersuchen an die Vereinsmitglieder, Kleinverträge Gegenmarken gegen solche zu 10 Mark in den Warenlagern beizugeben umzutauschen.

* Geht nicht auf Eis! Der Polizeipräsident weist in einer Bekanntmachung im „Breslauer Fremden- und Intelligenzblatt“ darauf hin, daß das unbefugte Betreten oder Befahren des Eises der Ober-, der Obse, des Stadtgrabens, der Teiche und anderer in Breslauer Stadtbezirk gelegener Wasserflächen an nicht besonders dazu geeigneten Stellen bei Strafe verboten ist. Eltern, Vormünder und Lehrer werden ferner erjucht, die ihrer Obhut anvertrauten Kinder vor dem Betreten des unpfähren Eises zu warnen und denselben insbesondere das Schiffsgehulstufen nur auf den polizeilich genehmigten Eisbahnen zu gestatten.

* Die Breslauer Krankenkasse hatte nach ihrem letzten Geschäftsbericht im Jahre 1905/06 durchschnittlich täglich 33,2 im Jahre 1906/07 aber 21 Patienten empfangen. Die Pre-

Nieder mit der Zwingburg!

Dieser Ruf erschallt Dienstag Abend
in Hunderten von Versammlungen!
Kein Prügeleier!

Lebensmaßnahmen betragen im ersten Jahre 16,592 Mark, die Gesamtausgaben 24,484 Mark, so daß ein Zuschuß von 8002 Mark aus dem Vermögen der Kirche geleistet werden mußte; im letzten Jahre beliefen sich die Betriebsmaßnahmen auf 24,266 Mark, die Gesamtausgaben auf 29,493 Mark, so daß ein Zuschuß von 5227 Mark nötig war. Das aus Spenden, Beiträgen, Zulebungen herrührende Vermögen belief sich auf 19,841 Mark, wovon im ganzen ausgegeben sind 16,525 Mark, so daß zurzeit ein Bestand von 3115 Mark vorhanden ist. Für die Zukunft ist eine künftige Verminderung des Zuschusses zu erwarten; vorläufig müßten die Mittel der Krankenkasse noch vermehrt werden.

Die Referenten der morgigen Protestversammlungen werden erucht, über den Verlauf der Demonstrationen morgen Abend sofort nach Schluß ihre Meldungen auf dem schnellsten Wege nach der Volkswachtredaktion, Neue Graupenstraße 5, zu übermitteln, entweder persönlich oder durch Briefbote oder durch telephonischen Anruf Nr. 8141.

*** Eine Stadtverordnetenversammlung findet** Donnerstag, den 28. November, Nachmittags um 4 Uhr, statt. Im Vordergrund des Interesses wird die Beratung der Vorlage über die Krankenversicherungspflicht der Seimarbeiter stehen; zu dem Ausschlußanträge haben charakteristischerweise einige freisinnige Stadtverordnete verschleiernde Änderungsanträge gestellt.

Auch das Zuschußgutachten über die Statierung des Schulhauses 103 bis 105 wird möglicherweise noch eine Diskussion entzünden.

Die neue Tagesordnung bringt im übrigen nur kleinere Vorlagen.

*** Vom Wochenmarkt.** Nachdem der Winter immer mehr in seine Rechte tritt, wird es auf dem Markt allmählich über Fleisch und Gemüse verschwinden immer mehr. Spinaat ist ganz ausgeblieben, über Kohlen auch, die wenigen noch vorhandenen waren erstochen, daher unannehmlich und unbrauchbar. Witten ist die Auswahl sehr beschränkt. Es bleibt nur Weiß- und Weißkohl übrig, doch muß derselbe auch schon mit Decken geschützt werden, soll er sein Ansehen behalten. Der Preisanstieg, der sofort eintritt, wenn eine größere Nachfrage herrscht, ist prompt erfolgt. Der Gänsemarkt nimmt von Woche zu Woche an Umfang und Reichum zu, unangehört viel von diesen Federfüßler waren in Witten und Köben ausgelegt, und das Angebot ist größer als die Nachfrage. Leider können wohl nur ein kleiner Teil Arbeiter sich mal einen solchen Braten leisten. Stellt sich auch im Grunde das Fleisch billiger, oder mindestens ebenso billig als alle anderen Fleischsorten, so kann doch nicht so ökonomisch damit umgegangen werden, da man mit weniger als einer Pfunde nicht's anfangen kann, soll der Wohlgeschmack erhalten bleiben. Der Kostpunkt stellt sich für üblichen Konsum zu hoch, und daher kann die Gans nur als Weihnachtsbraten einmal mahllich sein. Im ganzen gestaltet sich jetzt der Markt etwas klar, dies tritt wohl immer kurz vor Weihnachten ein. Diese Stodung drückt auch die Preise etwas herab, fast durchschnittlich wurde das Pfund mit 65 Pf. gekauft. Wer sich jetzt einen Braten leisten kann, kauft ihn gewiß einige Pfennige billiger, denn je näher Weihnachten heranrückt, desto teurer werden die Preise. In langen Reihen sind noch Äpfel ausgestellt und die Preisliste wenig verändert; wunderschöne Leinwäpfe 35 Pf. das Doppelmaß, große tabellose Stettiner wurden mit 40 Pf. verkauft. Die schönen roten Jungferäpfel sind mit 25 Pf. im Doppelmaß käuflich, leider ist dieses Jahr bei dieser Sorte das Kerngehäuse meist faulig, trotzdem sie äußerlich so verlockend aussehen, sei man daher doch vorsichtig beim Kauf. Rührei sind fast durchschnittlich für 30 Pf. das Liter zu haben, hoffentlich kommt mehr Ware heran, damit sie etwas billiger werden. Verwaist sind jetzt die Stände am Rathaus, Wäse und Preiselbeeren sind heute vollständig vom Markt verschwunden, und mit all den Herrlichkeiten ist bis nächstes Jahr endlich ein Schluß. Frische Eier werden täglich rarer und recht hoch im Preise 1.30 bis 1.50 Mk. die Mandel. Kalkierer sind für 7 Pf. das Stück zu haben. Butter ist unverändert, 1.30—1.40 Mk. das Pfund, Kochbutter auch 1.20 und 1.25 Mk.

*** Stadt-Theater.** Am Montag geht Fräulein von der Offen ihr Gastspiel als Marie Tricquet in Mailards komischer Oper „Das Glückchen des Eremiten“ fort. Am Dienstag folgt eine Aufführung von Richard Strauß' Musikdrama „Salome“ mit Fräulein von der Offen (Anfang 8 Uhr). Am Mittwoch wird Richard Wagner's Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ wiederholt (Anfang 7 Uhr). Für Donnerstag ist die erste Aufführung von Ernst von Wildenbruch's Schauspiel „Die Habenichtseinerin“ angesetzt. Das Werk ist nach seinem außerordentlichen Erfolge im Berliner Königlichen Schauspielhaus in kurzer Frist von nahezu sämtlichen deutschen Bühnen gegeben oder angezogen worden. Die Titelrolle wird hier von Fräulein von der Offen gespielt werden. Am Freitag geht Offenbach's phantastische Oper „Soff in a nus Erzählungen“ in Szene. Am Sonnabend wird Mozart's große Oper „Die Zauberflöte“ in den Spielplan aufgenommen.

*** Liebe-Theater.** Am Montag wird „Die lustige Witwe“, am Dienstag Victor Rogers' Boulevard „Wie man Männer fesselt“ gegeben. Am Mittwoch acht „Das wahre Gesicht“ zum dritten Male in Szene. Am Donnerstag wird „Die lustige Witwe“, am Freitag „Wie man Männer fesselt“ wiederholt. Am Sonnabend eröffnet Alexander Girardi, der beliebte Wiener Komiker, in Breslau ein neues Gastspiel. Der Künstler, welcher hier bereits mit außerordentlichem Erfolge auftritt, hat spielt den Straubinger in Edmund Cyslers lustiger Operette „Bruder Straubinger“.

*** Thalia-Theater.** Als 6. Vorstellung der laufenden Reihe wird Wildenbruch's Schauspiel „Die Saubere Leiche“ am Mittwoch für Gruppe C und am Mittwoch für Gruppe D gegeben. Die Ausgabe der Karten für die neuen Gruppen B und F erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Rentkassens des Stadt-Theaters. Als fünfte Abonnementvorstellung für Mitglieder des Humboldtvereins wird Mozart's Lustspiel „Der Bibliophel“ am Dienstag (gute Karten) und am Freitag (schlechte Karten) aufgeführt. Sonnabend, den 30. d. M. wird als Vorstellung für Mitglieder ebenfalls „Der Bibliophel“ gegeben. Anmeldungen sind schriftlich an Herrn Eugen S. Bernhardt, Sadowstraße 60, zu richten.

*** Schauspielhaus.** Am Montag gelangt die Johann Strauß'sche Operette „1001 Nacht“ zur Aufführung. Als nächste vollständige Vorstellung zu ermäßigten Preisen wird Freitag, den 29. November Verdy's erfolgreiche Operette „Der schöne Gardist“ gegeben werden. Am Sonnabend ist die erste Aufführung der Subjektiv'schen Operette „Das Wodell“ mit den Herren Stamba, Rani, Worms und den Damen Charan, Volk, Fischer in den Hauptrollen angesetzt.

*** Unfall.** Am 22. d. M. stürzte auf der Oblanderstraße ein Arbeiter infolge Krämpfen vor Boden und verletzte sich im Gesicht. Längere Zeit blieb er bewusstlos liegen.

*** Auto und Elektrische.** Am 22. d. M., Abends, stieß auf der Schweidnitzerstraße ein Lastwagen mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Von dem Lastwagen fielen mehrere mit Waren gefüllte Kisten auf den Fahrdamm und wurden beschädigt.

*** Diebstähle.** Aus einem Haus auf der Neue Gasse wurde ein Sammelkasten im Werte von 100 Mk. gestohlen. — Aus dem Schulgarten auf der Fürstenstraße wurde ein Goldgegenstand gestohlen. — Aus einer Wohnung wurden silberne Löffel, gezeichnet

C. v. L. und S. v. L. gestohlen. — Ferner wurde eine Piccoloflöte, angelehnt C. Kleiner, Soloinstrumentenbauer, nebst glanzledernen Futteral gestohlen. — *** Vermischt.** Das 25 Jahre alte Dienstmädchen Hedwig 18. Oktober vermischt. — Seit dem 20. d. M. wird die 81 Jahre alte Witwe Susanne Vabitzky aus Klein-Mühlbach, Fr. Delb, vermischt. — Der rumänische Student Georg Elias Apollonides, welcher Matthiasstraße 91 gewohnt hat, wird seit dem 18. d. M. vermischt.

Aus Schlesien und Polen.

Öffentliche Protestversammlungen

gegen das Dreiklassenwahlrecht in der Provinz Schlesien finden außer an den in der Sonntag-Nummer der „Volkswacht“ genannten Orten in folgenden Städten statt:

Gottesberg: Dienstag, 26. November, Abends 7 Uhr, im „Schützenhaus“.

Striegau: Dienstag, 26. November, Abends 8 Uhr, im „Fürst Bismarck“.

Mustau: Dienstag, den 26. November, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Wilmann, Kaufmänn.

Welschwarzer: Dienstag, 26. November, Abends 8 Uhr, im Hotel „Stadt Mustau“.

Wissauer: Dienstag, den 26. November, Abends 7 Uhr, im „Deutscher Kaiser“.

Smier-Tschammer: Dienstag, 26. November, Abends 7 Uhr, im Gasthof der Frau Wilmann.

Landeshut: Dienstag, den 26. November, Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“.

Striesberg: Dienstag, 26. November, Abends 7 Uhr, in der „Andreaschänke“.

Neusalz: Dienstag, 26. November, Abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Eisenbahn“.

Nieder-Langensielau: Dienstag, 26. November, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Waldbach.

Ober-Langensielau: Dienstag, 26. November, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Winkler.

Reichenbach: Dienstag, 26. November, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Schwarzen Bär“.

Peterswalbau: Mittwoch, 27. November, Abends 8 Uhr, in der „Glogerrei“.

Im Wahlkreise Görlitz-Lauban finden am 26. November Protestversammlungen statt in: Görlitz, Lauban, Penzig, Langensielau und Müllitz.

Männer und Frauen, erscheint unbedingt in diesen Versammlungen und gestattet dieselben zu einem wichtigen Protest gegen das der politischen und wirtschaftlichen Entrechtung dienende Dreiklassenparlament.

Das Selbstverwaltungsrecht in der Provinz.

Die Stadt Glogau hatte vor einiger Zeit eine Resolution erlassen, deren Kassen sie im wesentlichen selbst besprengt, während der Rest ihr einen nur minimalen Zuschuß gibt. Für die Realschule hatte der Glogauer Magistrat ein Statut entworfen, dessen § 8 vorsah, daß die äußeren Angelegenheiten der Realschule durch ein Kuratorium geführt werden sollen, dessen von der Stadtverordnetenversammlung zu erwählende Mitglieder der Bestätigung durch die Regierung, das heißt das Provinzialschulkollegium in Breslau, bedürften. Der Magistrat bat das Provinzialschulkollegium um ein vorläufiges Gutachten über das ganze Statut. Das Provinzialschulkollegium fand jedoch an dem Statut und insbesondere an der Bestimmung, daß die Mitglieder des Kuratoriums seiner Bestätigung unterliegen sollen, solches Gefallen, daß es das Statut über die Köpfe des Magistrats und der Glogauer Stadtverordnetenversammlung hinweg aus eigener Initiative schickte. Der Kultusminister sprach die Genehmigung alsbald aus.

Magistrat und Stadtverordnete wurden also vor die fertige Tatsache gestellt. In der letzten Sitzung der Glogauer Stadtverordneten wurde dies Verfahren des Provinzialschulkollegiums und des Kultusministeriums scharf kritisiert. Der erste Bürgermeister Dr. Soelbeer suchte den Magistrat damit zu entschuldigen, daß er das Statut nur als Entwurf an das Provinzialschulkollegium geschickt habe, in der Meinung, dieses werde den Entwurf nebst gutachtlicher Äußerung wieder zurücksenden. Demgegenüber betonte der Stadtverordnete-Vorsitzer Justizrat Friedemann in energischer Weise das Selbstverwaltungsrecht der Städte und protestierte gegen das Verfahren der Regierung, das dieses verleihe; der Bestätigungsbehalt sei ein Mißtrauensvotum gegen die Stadtverordnetenversammlung. Ähnlich äußerte sich der Reichstagsabgeordnete Hoffmeister. Auch die Schuldeputation schloß sich dem entscheidenden Proteste der Stadtverordnetenversammlung an. Daß die Protestler damit etwas erreichen werden, ist nach den bisherigen Verhältnissen der Regierung nicht anzunehmen. Das verabschiedete Selbstverwaltungsrecht der Städte ist nichts als ein wesenloses Schemen.

Ziegen, 24. November. Mutter und Sohn. Vor einigen Tagen starb in einem Hinterhause der Parkstraße an Reihof-Schmidtschmidt ein Arbeiter, der außer Frau und Kind noch eine Mutter in rühmlichem Alter hinterließ. Erschreckt lief die junge Witwe zu der nur einige Häuser entfernt wohnenden Schwägermutter, um ihr die Trauernachricht zu überbringen. Als die Mutter die Todesnachricht vernahm, bekam sie einen Schlaganfall und starb tot an Boden. Ein Doppel-Verdammnis von Mutter und Sohn beschloß dieses schütternde Familien-Ereignis.

Striegau, 23. November. Die Kugel im Pferde-magen. Eine eigenartige Erscheinung wurde dieser Tage beim Schlachten eines dem Fuhrwerksbesitzer Wohl, hier, gehörigen Pferdes wahrgenommen. Bei dem sonst starken und geübten Tiere zeigten sich in letzter Zeit Krankheits-Erscheinungen, die äußerlich durch mangelhaftes Urinieren erkennbar waren. Der Besitzer ließ das Pferd töten, und als man den Magen öffnete, fand die Ursache der Krankheit in Gestalt einer regelrechten, 90 Millimeter großen Kugel zum Vorschein. Dieselbe hatte sich wahrscheinlich vor der Defnung nach dem Blasen-fanal festgelegt und so gleichsam als Ventilschluß der Stoff-absonderung den Weg versperrt. Wie kommt die Kugel nun in den Pferdemagen? Wird der Leser fragen und die Sache vielleicht gar als einen Scherz auffassen. Doch ist es Tatsache: Schreiber dieses hat den eigenartigen Mageninhalt selbst betrachtet und nach dem Zerhacken der Kugel folgende Beobachtungen gemacht: Das Pferd war in seiner Jugend in einer Wüste tätig und hat dort, wie das zu üblich ist, viel Weichfutter, als Kleie usw., als Nahrung erhalten. Mit dieser ist wahrscheinlich das im Inneren der Kugel vorzufindende runde Steinchen von einem Zentimeter Durchmesser in den Magen gelangt. Um dieses Steinchen hatten sich in Schichten von je vier bis fünf Millimetern ringförmige Speiseablagerungen festgesetzt, die zunächst zu einer Kugel von 45 Millimeter Größe anwuchsen. Hier ist das Wachstum der

Kugel jedenfalls unterbrochen worden, denn die Ablagerungen selbst, wie auch das glatte Aussehen der inneren Kugelwandung, läßt erkennen, daß die äußere Kugelform sich erst später gebildet und verdichtet sein muß. Später haben sich dann wieder die deutlich erkennbaren Speisefeststoffe regelmäßig angelegt, bis die steinharte Kugel zu ihrer Größe von 90 Millimeter angewachsen war, welches wohl eine Zeit von 10—15 Jahren in Anspruch genommen haben dürfte. Für die tierärztliche Praxis ist dies ein gewiß sehr seltener Fall, der in Fachkreisen großes Interesse erregen dürfte.

Gottesberg, 22. November. Zur Lokalfrage. Der Schiefer ist ein Vereinstreiter, so haben wir des öfteren hören und lesen können, und wir dürfen, wenn nicht andere Verhältnisse mitwirken, wohl auch mit unserer Zahl dollauf zustimmen sein. Auch haben in der Versammlungstage die Vereine einen erheblichen Teil zu unseren Ungunsten beizutragen. Tragen wir bei irgend einem Wirte um eine Versammlung an, so klagte man uns stets den Nummer ob der vielen Vereine. Keinen wollte der Wirt verkümmern, und so mühten wir vor den Vereinen zu stehen. Inzwischen es lautet zurra- und Hoch-Patrioten sind, blieb für uns weder Raum noch Zeit. Die Arbeiterkraft hatte sich ob der Vereine selbst Fesseln geschmiebet, und in den Vorständen sitzen Grubenbeamte oder Arbeiter, welche es mit ihrem Mißtrauen nicht so ernst nehmen.

Wenn Genossen anderer Orte die Ähren her gesperrten, so als wiederholt veröffentlichten so haben wir hierorts alle Veranlassung, von der Arbeiterkraft zu fordern, die Lokale, welche uns bis jetzt zur Verfügung stehen, mehr und mehr zu verdrängen. Leider nehmen es viele mit den Ermahnungen nicht so ernst. Sie lassen sich durch ein freundliches Lächeln hindurchreißen. Sie wissen nicht ein freies Wort zu sagen. Die Lokalfrage ganz zu lösen, muß uns eine der höchsten Aufgaben sein.

Striesberg, 22. November. Eine Kartell-Forderung fand am Auftrage in der „Andreaschänke“, Gunnersdorf, statt. In derselben wurde die Forderung vom dritten Quartal bekannt gemacht. Die Einnahme beträgt 357.37 Mark, die Ausgabe 170 Mark, Bestand 187.29 Mark. Spottantrag 172 Mark, Gewerkschaftsausgaben 766 Mark. Genosse Sachsalch bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung und wird dem Kassierer, Schneidermeister Witold, Forderung erteilt. Weiter wurde vom Kartell-Forderungen Genossen Schab, das Resultat der Gewerkschaftsbesitzverhältnisse bekannt gemacht. Es enthielt sich über den einzelnen Genossen eine scharfe Kritik über beangene Fehler, hauptsächlich betreffs der Flugblätter- und Einmündelverteilung. Dann wurde das unzureichende Vorgehen der „Kasse“ kritisch beleuchtet. Der Vorsitzende machte schließlich die Mitteilung, daß das Schreiben an die Generalkommission der Gewerkschaften betreffs Anstellung eines Beamten und Besoldung der Bildungsschule abgeschlossen beantwortet sei. Die Aufkündigung der „Kasse“ Bürgerliches Gewerbeamt, Gewerbegerichtsamt usw. soll erfolgen, ebenso auch der Redaktion der „Volkswacht“ für die Hemmung des Vereinsfalders 10 Mark beigesteuert werden.

Mittelfeld, 22. November. Eine Mitgliederversammlung des deutschen Bergarbeiter-Verbandes, die am Schluß im Deutschen Kaiser abgehalten wurde, erfreute sich eines guten Erfolges. Der Vertrauensmann Kamerad Wendt gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit und den Erfolg der Zahlstelle im verflochtenen Jahre. Danach wurden 15 öffentliche und 8 Mitglieder-Versammlungen abgehalten. Ferner ist die Zahlstelle, um die Agitation intensiver betreiben zu können, in zehn Bezirke eingeteilt und in jeden Bezirk ein Bezirksführer angestellt worden, der die Agitation zu fördern, die Beiträge einzulagern und den Mitgliedern die Leitung zu unterstützen hat. Einen schönen Erfolg hat die Zahlstelle in Bezug auf das Wachstum der Mitglieder zu verzeichnen, deren Zahl sich im verflochtenen Jahre von 400 auf 700 erhöht hat. Nachdem Kamerad Wendt noch den Bericht von der letzten Kartell-Forderung erstattet hatte, wurde die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen. Wiedergewählt wurden die Kameraden Wendt als erster und Franz als zweiter Vertrauensmann. Neugewählt wurden dann die Kameraden Scholz als Bezirksführer, Ullrich und Döring als Revisoren. Als Kartelldelegierte wurden die Kameraden Wendt, Franz, Weiser, Schöler und Scheel gewählt. Zum Schluß forderte Kamerad Franz die Kameraden auf, sich an der am nächsten Sonntag stattfindenden Flugblattverbreitung recht zahlreich zu beteiligen, sowie an der Wahlrechtsdemonstration recht regen Anteil zu nehmen.

Langensielau, 9. November. Die Talperr im Eulengebirge. Die Bohrungen im Neubielauer Tale sind dem „Lang. Anz.“ zufolge Ende voriger Woche eingestellt worden. Es wurden im ganzen 60 Meter in fünf Bohrlöchern gebohrt. In den beiden ersten stieß man bei 9—10 Meter auf Fels; in zwei Bohrlöchern auf der Weite wurde kein Fels erreicht, auch nicht im dritten, das 20 Meter tief getrieben wurde. So ungünstig die anscheinend tiefe Lagerung des Felsens für den Bau einer Talperr ist, so günstig ist dieses Zeichen für das Vorhandensein einer mächtigen Gerdüchtheit von allen Gneisschichten, die das ganze Tal ausfüllt und wegen ihrer Durchlässigkeit, einen ergiebigen Grundwasserstrom liefern muß, der von den einschließenden Niederschlägen auf dem weiten Gebiete zwischen Mischkoppweg (vom Weitzendorfer Kreuz aus), der Mischkopp im Hintergrunde und dem am Bergschloß beginnenden Quertal gespeist wird. Nach einer allgemeinen Annahme berechnet man von den Niederschlägen ein Drittel, das unterirdisch zum Abfluß kommt. Die Niederschlagsfläche ist 3,72 Quadratkilometer gleich 3,720,000 Quadratmeter groß; nach den Niederschlagsmessungen fallen etwa durchschnittlich 850 Millimeter Regen im Jahre, das macht auf 1 Quadratmeter 850 Liter, auf die ganze Fläche etwa 3,200,000 Kubikmeter, wovon also ein Drittel auf den unterirdischen Abfluß entfällt, nämlich 1,070,000 Kubikmeter, der den Grundwasserstrom speist, der zwischen den Bergen aneinander herunterkommen muß. Also Wasser für eine Hochquellenleitung, die diesen unterirdischen Strom abfängt, wäre genügend vorhanden, ja dreifach soviel, da ein Wasserverbrauch von 60 Liter pro Tag und Person in Langensielau (30 Liter werden hier höchstens notwendig sein) 438,000 Kubikmeter erfordern würde. Die durch die Bohrungen noch nicht zweifellos festgestellte Beschaffenheit des Untergrundes wird man durch Versuchen von Versuchsbohrungen zu erfahren suchen. Auf dem fürstlichen Grundstück in Neubielau gegenüber dem Grundstück der Gemeinde jenseits des Bachs soll ein etwa 10 Meter tiefer Schacht abgeteuft werden, der natürlich klar die Verhältnisse zeigen wird, die in Bezug auf Untergrund, Felsen und quellendes Wasser obwalten. Es ist zu erwarten, daß die allgemeinen Annahmen sich bestätigen werden und die Kosten für die Vorarbeiten einer Wasserleitung, die bisher noch keinem Orte erspart bleiben, durch das Abteufen der Schächte sich bedeutend verringern werden.

Wosen, 23. November. Gegen das Ausnahmegericht. In einer am 20. d. M. abgehaltenen, zahlreich besuchter landwirtschaflicher Protestversammlung gegen das Verbot der politischen Versammlungen wurde nach einem etwa zweistündigen, wiederholt mit Rufen „Wosen“ unterbrochenen Vortrag des Redakteurs D. A. v. der „Wageta-Robotnik“ folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am heutigen Tage im Saale des „Kaufmanns“ abgehaltene Protestversammlung protestiert mit aller Energie gegen die

geplanten gesetzlichen Beschränkungen, die gegen alle nichtdeutschen, insbes. aber gegen die polnischen Versammlungen gerichtet sind.

Ein Verbot, Versammlungen in seiner Muttersprache abzuhalten, ist eine Barbarei, die 4 1/2 Millionen der nichtdeutschen Bevölkerung des Deutschen Reiches der grundgesetzlichen Staatsbürgerrechte berauben würde.

Die Versammelten drücken gleichzeitig ihren entschiedenen Protest gegen die Politik der Ausnahmemaße aus, die seit mehreren Jahren gegen die polnische Bevölkerung getrieben wird und erklären: Die baltische Politik ist untrennbar verbunden mit der allgemeinen Reaktion, mit dem Bestehen des reaktionären preussischen Landrechts, mit der Interpolitik, der Unterdrückung, der Verhinderung aller Fortschritte.

Deshalb auch muß der Kampf gegen den Galathea in erster Linie zum Kampfe gegen die Reaktion, zum Kampfe um die Demokratisierung des preussischen Staatswesens, um die Erringung des allgemeinen, gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtage führen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Aus dem Riesengebirge wird dem „Voten“ (Dresdener) geschrieben: Der erste Schnee im Tale fiel am Freitag Abend und blieb auch liegen, so daß sich am Sonnabend Morgen auch das Tal in Winterkleid präsentierte. Nur war es etwas wenig, so daß hier von Schlittenfahrten noch nicht die Rede sein kann. Dagegen sind die Schlittenbahnen im Hochgebirge durch die letzten Schneefälle sehr verbessert worden. Aus Agnetendorf wurde am Sonnabend Nachmittag telephonisch mitgeteilt, daß es dort kräftig zu schneien anfing. Die Schlittenbahn von der Peterhütte geht bereits bis zu Peters Hotel in Agnetendorf und ist auf fastbar. Auf der böhmischen Seite kann man bis zum Hotel „Deutscher Kaiser“ in Spandelmühl fahren. Auch die Prina Heinrichshütte und in Krummhübel häufig schneit. Die Schlittenbahn geht bis vor das Hotel zum Waldhaus in Bärenbera. Ein mit Antikwären arbeitender Arbeiter, namens Kasper, stürzte infolge Abtauschens der Leiter herab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er sofort starb. Die eigene Mutter erwidert hat in dem Dorfe Kerschbun bei Namslau der Schreiber Georg Gabor. Der im Alter von 17 Jahren lebende Mörder hatte im Gasthause beim Kartenspiel sein Geld verspielt und hierauf von seiner 72-jährigen Mutter neues Geld gefordert. Da sie es ihm verweigerte, brach er die Mutter, bis sie tot war. Beim Versuch, die Leiche im Garten zu vergraben, wurde er beobachtet und verhaftet. Am 22. d. Mts. wurde in Saerwitz, Kreis Leobischitz, ein vierundzwanzig Jahre alter Mädchen, Namens Anna Wilmann, hinter der Feste ihres Großvaters Josef Konec, dem sie die Wirtin führte, mit einer Schußwunde am Halse tot aufgefunden. Der Mörder, mit dem die Tat verübt, lag in der Kiste. Eine Gerichtskommission hat sich zur Feststellung des Tatbestandes dorthin begeben. Aus Schneidemühl wird gemeldet: Die Untersuchung in der Vobsenker Mordaffäre baute das Ergebnis, daß wahrscheinlich die Tochter der Witwe Knoop, die schon seit einiger Zeit Anzeichen von Irrensein gegeben hatte, ihre Mutter ermordet und dann Selbstmord begangen hat.

Aus den Gerichtssälen.

Zweiundzwanzig Menschenleben — fünfzehn Mark Geldstrafe!

Im Januar dieses Jahres fanden bei dem Brand einer Zigarrenfabrik in Weisboisheim 1. C. zweiundzwanzig Menschen durch Explosion von Zellulose ihren Tod. Jetzt sind der Vater dieser Fabrik, Mechaniker Humbrecht, unter der Auflage der jährlichen Zahlung von der Strafkammer. Er wurde aber freigesprochen und nur wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe von fünfzehn Mark verurteilt! Ueber die Zustände in dieser Fabrik schrieb damals die „Deutsche Tageszeitung“, der man von staatsrechtlicher Seite gewiß nicht den beliebigen Vorwurf gewissenloser Dummheit machen wird, folgendes:

Die sogenannte „Hörschoufflage“ ist ein kleines, aus Backsteinen aufgeführtes Gebäude, dessen Innenraum durch einen Nadelgang in zwei Hälften geteilt ist. Links ein Saal von etwa 10 Meter Länge und 4 Meter Breite, in dem 20 Personen beschäftigt wurden. ... Die Fenster sind sämtlich aus einem einzigen großen Rahmen aus Schmiedeeisen hergestellt und mit einer Luerlinge festgehalten. Aussehen konnte man dieselben wohl, aber das ganze Fenster von etwa einem Quadratmeter aus einmal, da alles aus einem Stück bestand. Sowohl zum Saale rechts wie links führt nur je eine einzige 80-90 Zentimeter breite Türe. Notdürftig oder auch nur andere weitere Ausgänge sind überhaupt nicht vorhanden und die vorhandenen Türen führen nicht sofort ins Freie sondern erst auf den schmalen Nadelgang, der vorn gegen die Hof zu nochmals mit einer Türe abgeschlossen war. Es ist völlig unüberwindlich, wie die Gewerbeaufsichtsbehörde in einer solchen „Boutique“ einen Betrieb mit den feuergefährlichsten Stoffen ausüben ließ. 20 Personen mit den nöthigen Maschinen und Arbeitstischen auf einem Flächenraum von etwa 10 Quadratmeter! Gegenüber der Eingangstür stand ein Ofen, der mit Brennstoff gefüllt wurde, und in unmittelbarer Nähe ein Stroh, in den die Zelluloseabfälle geworfen wurden.

Und trotzdem die „Strafe“, die, wenn man sie als eine Sühne für den empfindlichen Verlust an Menschenleben ansehen will, das Leben eines Arbeiters mit nicht ganz 64 Pfennig einbringt!

Unter Kameraden.

Das Kriegsgericht der Landwehrdivision Berlin verhandelte gegen den Zeugmann z. D. Lehmann, der sich wegen Verleumdung des kommandierenden Generals des dritten Armee-Korps, v. Bülow, des Inspektors der Landwehrdivision, Generalleutnant v. Höpfner, und der Kriegsgerichtsräte Dr. Ehrlich Dr. Günter und Dr. Köhler zu verantworten hatte. Der Angeklagte war vor Jahren Zeugmann in Polen. Ueber die Frau des Zeugmanns G. gingen in Polen allerhand Gerüchte um, die dem Zeugmann Lehmann und einem Kameraden z. einer Anzeige über diese Dinge Anlaß gaben. Der Hauptmann antwortete mit einer Verleumdungsgelbe gegen die beiden Offiziere, die jedoch in allen militärischen Angelegenheiten freigesprochen wurden, da in der Tat Ungeheures wurde, daß die Frau des Hauptmanns im denkbar schlechtesten Ruf stand. Trotzdem wurde Zeugmann Lehmann auf einen Bericht des Hauptmanns hin zur Disposition gestellt. Kammerer erstattete dieser gegen den Hauptmann G., gegen den Major D. und gegen den Zeugmann v. D. Strafanzeige über 63 Vergehen, deren sich die drei Offiziere in Ausübung ihres Dienstes schuldig gemacht haben sollten. Die Folge war, daß gegen Lehmann ein Verfahren wegen Verleumdung eingeleitet wurde, das aber mit seiner Freisprechung endete. Der Angeklagte verwarfte dann eine Verleumdung gegen die von ihm beschuldigten Offiziere an das Reichswirtschaftsgericht. In der Verhandlung erklärte der Verhandlungsleiter, daß das Verfahren gegen die Beschuldigten eingestellt, aber wieder eingestellt worden sei. Die Verleumdungsbüchse den Gegenstand der Verhandlung. Der Angeklagte will sie zu seinem Schutz verfaßt haben. Man habe ihm nicht gestattet, den Nachweis zu erbringen, und seine Verleumdungen habe er heute noch aufrecht. Der Vertreter der Angeklagten beantragte die Freisprechung des Angeklagten, weil L. für seine Straftaten nicht verantwortlich gemacht werden könne und S. 51 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung finden müsse. Der Gerichtshof hielt schwere Verleumdung für erwiesen, den Angeklagten für handlungsbewußt und erkannte auf drei

Monate Gefängnis und auf Verlust des Rechtes zum Tragen der Uniform.

Der Lehrling ist zur Ausbildung, nicht zur Ausnutzung da.

Der Völkermörder Bischoff in Schwidnik war auf Grund des § 150 Abs. 4 der Gewerbeordnung wegen Verletzung des Arbeitsgesetzes, betreffend die Fortbildungsschule angeklagt worden, weil er einen seiner beiden Lehrlinge zweimal den Fortbildungsschulunterricht habe versäumen lassen. Der Angeklagte, der außer den beiden Lehrlingen einen Gesellen beschäftigt, wußte ein, er habe aus dringenden Gründen den Lehrling an jenen Tagen nicht in die Fortbildungsschule gehen lassen. Eines Tages habe er eine große Bestellung für einen Verein erhalten, der im „Volksgarten“ ein Fest abhielt. Wenn er den Lehrling nicht hätte mitbeschäftigen dürfen, hätte er den Auftrag nicht rechtzeitig ausführen können und er würde dann einen erheblichen Schaden gehabt haben. Er habe ihn vorher entschuldigt. In dem andern in Betracht kommenden Tage habe er den Lehrling per Rad nach Buntersdorf zur Bestellung von Wehl schicken müssen. Das Wehl sei alle gewesen und er habe sich in einer Zwangslage befunden. Einen anderen Boten habe er nicht zur Verfügung gehabt. — Das Schöffengericht erachtete die behaupteten Tatsachen für erwiesen und sprach den Angeklagten frei, indem es annahm, daß hier wirklich ein dringender Grund vorlag, der ihn berechtigte, den Lehrling vom Fortbildungsschulunterricht fernzuhalten. Die Strafkammer als Berufungsinstanz erkannte im selben Sinne und führte noch aus, daß der Meister bei pflüchtigen aussergewöhnlichen großen Arbeiten im Gewerbebetriebe alle Kräfte heranzuziehen müsse und aus diesem Grunde das Fernhalten des Lehrlings vom Unterricht an dem einen Tage gerechtfertigt sei. Aber auch die notwendige Verwendung des Lehrlings bei der Wehlbestellung sei ein dringender Grund, der zur Versäumung des Unterrichts berechtige. — Das Kammergericht gab der Strafkammer das Recht, die Strafkammer auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an die Strafkammer zurück. Das Kammergericht war der Meinung, daß die Strafkammer durch einen Rechtsirrtum zu ihrer Entscheidung gekommen sei. Was sie unter „dringenden Gründen“ verstanden habe, sei nicht darunter zu verstehen. Die Gründe müßten in der Person des Fortbildungsschülers liegen. — Die jungen Leute würden den Meistern zur Ausbildung und nicht zur Ausnutzung übergeben. Es gebe nun in Halle, wo die Beschäftigung wegen der Auszubildung im Gewerbe dem Unterricht vorgehen müsse. (Zum Beispiel hat das Kammergericht Arbeiten außerhalb des Betriebsortes unter Umständen als solche erachtet.) Wenn aber der Lehrling nur auswärts, weil er nicht einen Gesellen oder eine andere Hilfskraft mehr engagieren wolle, so könne er in solchem Falle nicht strafrei bleiben, wenn die Versäumung des Fortbildungsschulunterrichts damit zusammenhänge. — Ein sehr vernünftiges Urteil.

Wegen was die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll.

Der Hauptmann und Distriktskommandant der 6. Genbataillon-Brigade in Opatow, Leopold von Sasse, stand vor dem Berliner Kriegsgericht der ersten Division. Er war angeklagt, seinen Vorgesetzten, den Hauptleutnant v. Biele, geohrfeiert und schmerzhaftes Stillsitzen zu haben. Nachdem die Anklage ist mit Verurteilung des Offiziers verlesen und bereits in die Verhandlung eingeleitet worden war, stellte der Verteidiger den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht verurteilte und beschloß, die Öffentlichkeit zu schließen, weil eine Gefährdung der Disziplin und der militärischen Interessen nicht zu befürchten sei. Der Verhandlung wohnte der Kommandeur der 6. Genbataillon-Brigade, Oberst von Pustkammer, bei. Jengen saeue, der Hauptmann habe die Angelegenheit, viel zu schimpfen. Der Anklagevertreter beantragte wegen Mißhandlung in dieser und vorchriftswidriger Behandlung in einem Fall vierzehn Tage Stubenarrest. Das Gericht erkannte auf einer Tag Stubenarrest wegen vorchriftswidriger Behandlung.

Stadt-Theater.

„Die Meisterfinger von Nürnberg.“

Der erste — auch im ersten Rang — vorzüglich besuchten Gänge ging das prächtige musikalische Lustspiel Wagners am Sonntagabend in Szene. Es erregte wiederum durch seine dramatische Poesie und die ungezwungene Komik das Entzücken der Hörer. Eine Neuinszenierung war hauptsächlich in den Rollen der Eva und des Bedmeister zu konstatieren. Man hätte es wenigstens mit Fräulein Sommerfeld versuchen sollen und ihr nicht zögern den Ruf beizubehalten, in dieser Partie herauszutreten. Es scheint, als ob die junge Dame, die durchaus nicht unbegabt ist, längerer Zeit bedürfte, um auf unserer Bühne heimisch zu werden. Vielleicht löst man ihr einigermaßen Gerechtigkeit widerfahren und stellt sie alternierend mit Mac Greiv heraus. Es ist damit nicht etwa gesagt, daß sich Frau Mac Greiv als Göttergattin nicht eigne. Vor der Hand vertritt sie es noch nicht recht, die naive Liebebedürftigkeit des Bürgerhundes poetisch zu verkörpern. Es fehlt der vornehme Zug der Götterin trotz der Bürgerlichkeit anhaften; ihre Bewegungen sind zu häßlich, ihre Redeweise zu scharf abgemessen. Es war es selbstverständlich anzunehmen, daß die im Kolportage so ausgezeichnete Künstlerin in der ihrem Rufort so weit ab liegenden Rolle jetzt bei sorgfältigem Studium in der ersten Aufführung keine vollkommene Leistung bieten würde. Der Hauptbestandteil auch der Charakter des deutschen Bürgerbürgertums ziemlich fern, so daß sie sich erst in ihn hineinleben muß. Gefanglich wird hier und da noch etwas auszuweisen sein, auch würde eine bessere Atemtonomie der Deklamation mehr zu halten kommen. Vorzügliches hat Mac Greiv jetzt schon in dem herrlichen Wimmer des dritten Aktes. — Der Bedmeister des Herrn Schauer war so ziemlich im Stile des Hans Lid gehalten, wie die Figur unüberwindlich heiser töllte; er wirkte komisch durch einen zähen literarischen Konversationsstil und die harte Betonung seiner musikalischen Intuition. Auch Herr Schauer wird für verschiedene kleine Fehler seiner erstmaligen Darstellung nicht blind sein, sondern eifrig an der subtilen Ausgestaltung dieses schwierigen oder komischen Charakters weiter arbeiten. Sehr erfreuliche Leistungen boten wieder die Herren Dörwald, Günther-Draun und Waldmann, sowie in weiter Reihe Fräulein Reisch und Herr Süde. Herr Dörwald ist eine dem Nachwächler zurecht mit fadernder, dann in heiserer Stimme ganz annehmbar. — Das Orchester unter Herrn Prützel wirkte mehrfach viel zu laut, so daß die Zuhörer manchmal Mühe hatten, durchzukommen. Es kann gar nicht dringend genug empfohlen werden, disziplinär zu spielen. Das Orchester wurde in einer wenig künstlerischen Weise untergeleitet.

Lobe-Theater.

Das wahre Gesicht. Drama von Max Halbe. Das Verprechen seiner Jugend, durch die er uns eine glänzende Bereicherung des modernen Schauspiels erschaffen ließ, hat Halbe sich diesmal nicht eingelassen. Und fast gerannt es den Zuschauer, als ob nicht seine Augen, sondern eben das wahre Gesicht des Dichters wahres Gesicht enthüllte. Halbe besitzt eine zwei-fache Begabung dafür, eigenartige Charaktere in eigenartigen Lagen zu leben und sie in dieser Eigenartigkeit auf die Bühne zu stellen. Aber auch diese Begabung ist unausgeglichen und gerade im „Wahren Gesicht“ hat sie zum Teil recht empfindlich verfaßt. Der Soldatenführer Hirenberg, der sich vom kühnen Kauerjäger zum Gebirgsführer der Republik Tenzig umgewandelt hat und aus kühner Leidenschaft für seine Frau, die schöne Polengrafin Cordula, fast zum Verräter seiner Heimat wird, ist nicht der Kraftmensch, den wir nach der

Erpöhlung des Stückes erwarten und der wohl auch dem Dichter vorgeschwebt haben mag. Er schwankt hin und her und weiß oft selbst nicht, was er will und soll. Ihm fehlt die unbefangene Mächtigkeitslosigkeit, die den Kraftmännern der Renaissance unbestimmter um Gut und Böse zur Höhe führt. Wäre anders hätte ein Hirenberg auf uns gewirkt, der nicht durch den Selbstmord seiner untreuen und seiner Rache entgangenen Gattin sich zur Umkehr hätte bewegen lassen, sondern der die einmal beschrittene Bahn des Landesverräters mit festem Schritte weiter gegangen wäre, um entweder zu sterben oder zur Höhe zu kommen. Dieselbe Ungleichmäßigkeit, bei der Vorzeichnungen mit Beobachtungen von fesselnder Lebenswahrheit abzuwechseln, zeigen sich auch bei den übrigen Charakteren des Stückes. Immerhin bieten die Charaktere, besonders der Polin Cordula und des als eine Art Don Juan angelegten Ratscherrn Meiners Perspektiven von festem Netze. Aber was dem Stückes böllig abgeht, das ist die innere Einheit, wenn auch die äußere, sagen wir die historische durchaus gewahrt ist. Denn damit, daß die handelnden Personen so viel vom wahren Gesicht, das sich erst nach dem Tode zeigen wird, psychophratisch, wird die für die dramatische Wirklichkeit und Ueberzeugungskraft unbedingt erforderliche innere Einheit der Handlung keineswegs erreicht. Nicht einen Augenblick vergessen wir es, daß die auf der Bühne an uns vorüberziehenden Charaktere nur Komödie, nicht aber wahres echtes Leben sind.

Die Fabel des Stückes führt uns in die Zeit des 16. Jahrhunderts, als die deutsche Stadtpolitik von den Polen bedrängt wurde. In ihrer Not ernannte die Stadtregierung den Bauernsohn Hirenberg, den Führer eines Volkserhebers, den sie einst wegen einer Mauererei aus der Stadt verwiesen hatte zu ihrem Gebirgsführer und läßt ihm die Ernennung durch seinen bittersten Feind überbringen, den Stadtsyndikus Jods Gernel, den Hirenberg einst bei seiner Mauererei zum Krüppel gemacht hatte. Hirenberg hat zur Gemahlin die heißblütige Polengrafin Cordula, die ihn verachtet und haßt, die er aber mit der stehenden Leidenschaft des bäuerlichen Emporkömmlings liebt. Im Lager ihres Gatten sieht sie den Ratscherrn Meiners, wieder ihren Jugendliebe, der sie einstens verführt hatte. Und mit ihm befreit sie ihren Gatten wieder, teils aus neugieriger Liebesstolz, teils aus unbefangener Gasse gegen ihren Gatten. Um diesen zu vernichten, unterstützt sie die Verführung ihres Vaters, der durch glänzende Verprechungen Hirenberg für die Polen gewinnen will. Nach langem Schwanken, erst als Meiners auch an dem Verrat sich beteiligen will, entschließt sich Hirenberg zum Uebergang zu den Polen. Doch Jods Gernel hat den Verrat gemerkt. Er will in Vaterland retten und zugleich den verhassten Feind an seiner menschlichsten Stelle treffen: er öffnet ihm die Augen über die Liebhaftigkeit seiner Gattin. Der Landsknechtführer will Rache nehmen an Meiners und Cordula, doch beide kommen ihm zuvor: sie neigen sich. An der Leiche seiner Frau entschließt Hirenberg sich, weiter seiner Vaterland zu dienen. Der Erfolg des Part zusammengekehrten Stückes — seine Schwächen werden dadurch eben weil die Streichungen notwendig waren, noch mehr erhöht — war nur ein mäßiger. Vermochte doch auch das Spiel der einzelnen Darsteller, so rechtlich sie sich Mühe gaben, nur jester zu erwärmen. Fräulein Decarli, deren Können wir schätzen gelernt haben, spielte nicht recht zur Rolle der schönen aber schlechten Polin. Sie war außerdem von Gestalt, ganz was sie sein sollte — eine kühnbelebend schöne Erscheinung, aber ihre Leidenschaftlichkeit besah noch zu viel des Edlen, sie war nicht leicht und verborben genug. Der Hirenberg des Herrn Bauer litt zwar vor allem an dem schwankenden Wichte, in das der Dichter diese Natur gestellt hatte, aber die schon oft gerügte Maniertheit des Spiels unterstützte die Wirkung noch nach der besten Seite. Der Meiners des Herrn Zioli ist ebenfalls unter etwas unviel Gedeutet und Gutzigkeit, während seiner Geliebten Färlte Fräulein Pufflich trotz ihrem nicht üblen Spiel nichts von ihrer Bedenkenlosigkeit zu nehmen vermochte. Herr Jods Gernel vermochte einer ebenfalls herzlich bedeutungslosen Polengrafen nicht besser zu charakterisieren, als daß er in gebrochenem Deutsch sprach — sicher nach des Dichters Vorschrift; das Mittel blieb aber — ebenso büßend unklar, wie der Versuch, die Sprechweise durch ein anstelle des „wenn“ mögliche Male gelesenes „so“ altertümlich erklingen zu lassen. In kleineren Rollen waren die Herren Barna, der einen philosophierenden Maler gut sprach, und Herr Wallauer, der einen berben Langknecht viel Humor verliert, sowie die Herren Koch und Berger vertreten. Eine wirklich erfreuliche Leistung, die allen Seiten der Rolle gerecht wurde, war der Ratscherrn Samuel des Herrn Müller. Die Regie des Herrn Masson ging diesmal erfreulicher Weise über das sonst im Lobe-theater übliche Maß hinaus.

Briefkasten.

Erpöchtungen der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags. Die Frage, ob die verlangende Behörde dem Arbeiter die einzelnen Personen, über deren Einkommen sie Auskunft haben will, selbst anzugeben hat, oder ob der Arbeitgeber auf das allgemeine abhaltene Verlangen der Behörde hin über alle bei ihm beschäftigten Personen Mitteilung zu machen hat, ist kritisch. Der are hische Finanzminister nimmt das letztere an und dementsprechend verfahren auch die Behörden.

G. 307. Wir kennen die von Ihnen genannte Kasse nicht. Die meisten dieser Art Kassen aber sind Schwindelkassen und auch zur liegt der Verdacht vor. Gewisse Personen in Berlin gründen für Schwindelunternehmen, wenn es bedürftlich geschlossen worden ist, immer wieder unter neuem Namen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um die frühere „Verolina“, später „Deutsche Eiche“ handelt.

Gausagravier Unserlich. Warum geben Sie nicht den Namen und Adresse an, wo Sie so sehr billige Wohnungen suchen? Wir sind bereit, Ihnen soviel Mieter zuzufinden, daß Sie Käufer davon voll bekommen. Aber nicht teurer wie geben!?

G. 100. 1. Falls ein schriftlicher Kontrakt nicht vorliegt, der etwas anderes bestimmt, haben Sie monatliche Kündigung. 2. Wenn es Darlehen ausdrücklich nur auf zwei Monate gegeben war, dürften Sie später das Pfand verwerten. Wenn Sie es aber noch in Händen haben, so geben Sie es lieber gegen Rückzahlung des Darlehens, denn Zinsen und Lagergeld heraus.

G. 31. Unseres Wissens nicht. Aber Schwierigkeiten können Ihnen später doch erwachen.

A. S. Zu 80 Jahren.

Wir empfehlen:
Die neuen Reichssteuern
wie sie wurden und was sie bedeuten.
Mit einem Schlusskapitel:
Agarisch-kapitalistische u. sozialdemokratische Steuerpolitik
Preis 30 Pf.
Zu haben in der Expedition der „Volksrecht“.

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung vom Sonnabend, den 23. November. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Nieberding und Kommissare. Eintragungen sind: eine Interpellation Albrecht (Soz.) über die hohen Lebensmittelpreise und Interpellationen Schatz (D. b. L.) und Dr. A. Rendt (Npt.) über die hohen Kohlenpreise. Die Behandlung wird im Anfang nächster Woche stattfinden. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des deutsch-niederländischen Vertrages betr. die Unfallversicherung.

Abg. Dr. Junck (Natl.) ist mit dem Vertrage im allgemeinen einverstanden, hätte aber einige Artikel lieber besser gefasst gesehen.

Abg. Stadthagen (Soz.): In der Tat ist die Fassung vielfach unklar. In manchen Fällen läßt sich nach dem Wortlaut des Vertrages nicht entscheiden, ob das deutsche oder das niederländische Recht in Anwendung kommt. Das niederländische Recht ist in mancher Beziehung den Arbeitern günstiger als das deutsche. Es stellt die Witwen und ansehnlichen Kinder besser und kennt nicht die arbeiterfeindlichen Berufsgenossenschaften. Jedenfalls wünschen wir dringend eine Kommissionsberatung. (Beifall b. d. Soz.)

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Kommissionsberatung könnte das Zustandekommen des Gesetzes vor dem 1. Januar vereiteln. Das würde sehr bedauerlich sein. Es trifft nicht zu, daß das niederländische Recht generell den Arbeitern günstiger ist als das deutsche.

Abg. Dove (Freif. Vag.) stimmt dem Antrag auf Kommissionsberatung zu und hofft, daß trotzdem das Gesetz vor dem 1. Januar fertiggestellt werde.

Abg. Schiffer (Zentr.) begrüßt den Vertrag und wünscht, daß man auf dem Wege internationaler Vereinbarungen über Arbeiterfragen und Arbeiterrecht Fortschritte mache.

Abg. Wolkendubur (Soz.): Ich kann den Entschluß des Abg. Schiffer nicht teilen. Der Vertrag ist von der Rücksicht auf Unternehmerinteressen, nicht von der Rücksicht auf Arbeiterinteressen diktiert. In mindestens zwei Punkten ist das niederländische Recht dem deutschen klarer gefaßt, damit man erkennen kann, was eigentlich gemeint und gewollt ist.

Abg. Schiffer (Zentr.) wirt den Sozialdemokraten vor, daß sie gegen die Arbeitervereinerungen gestimmt haben.

Abg. Wolkendubur (Soz.): Herr Schiffer vor der eigenen Tür. Das neue Zentrum hat die Invalidenversicherung abgelehnt.

Abg. Stadthagen (Soz.): In verschiedenen Anträgen zu den Versicherungsangelegenheiten haben wir die Vorzüge, die das niederländische Recht den Arbeitern bietet, auch den deutschen Arbeitern zu verschaffen gesucht, aber gerade das Zentrum hat unsere Anträge abgelehnt und dadurch dem Unternehmertum Millionen zuzuschlagen. Unsere Gesetzgebung bringt es sogar fertig, bei Unfällen Kolonnenarbeiter als Unternehmer zu betrachten. Nur eine Kommissionsberatung kann Klarheit über das vorliegende Gesetz bringen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Hue (Soz.): Ein Vergleichen haben wir erlebt, was Unklarheiten für die Arbeiter bedeuten können. Das ist übrigens bei dem Vergleichen das Zentrum die Arbeiterinteressen verraten hat, ist von Herrn Schiffer's einem Organ, der „Eigentümer Volkszeitung“, zugegeben worden. (Hört, hört! bei den Soz.)

Abg. Schiffer (Zentr.) sucht das Zentrum zu verteidigen.

Abg. Schiffer (Zentr.) weist unrichtige Behauptungen des Abg. Schiffer zurück.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Antrag Stadthagen auf Ueberweisung an eine 14gliedrige Kommission wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes über die Bestrafung der Majestätsbeleidigungen.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Gesetzentwurf hat nur intermediäre Bedeutung. Ich hoffe, daß im Sommer der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vorliegen wird. Doch sind die verbündeten Regierungen der Ueberzeugung, daß schon der vorliegende Entwurf die Gefahren zu beseitigen geeignet ist, die sich aus dem mit dem allgemeinen Rechtsprinzipien vielfach nicht in Einklang stehenden Urteilen in Majestätsbeleidigungsprozessen ergeben. Der Entwurf sucht den Kreis der Majestätsbeleidigungen begrifflich so weit einzuschränken, als es im allgemeinen Staatsinteresse nützlich ist. Die Fassung, die wir gewählt haben, erscheint uns die beste; findet das hohe Haus aber eine andere, so wollen wir sie wohlwollend prüfen.

Abg. Giese (konf.): Wir erkennen an, daß die bisherige gesetzliche Notwendigkeit, jede Majestätsbeleidigung zu verfolgen, ein riesiges Denunziantentum gezeugt hat. (Hört, hört! links.) Wir begrüßen die Herabsetzung der Verjährung auf 6 Monate als geeignet, dem Denunziantentum Abbruch zu tun; wir sind auch damit einverstanden, daß nichtöffentliche Beleidigungen, auch wenn böswillig und mit Vorbedacht erfolgt, nur mit Genehmigung der Landesjustizverwaltung verfolgt werden sollen. Bedenken erregt in uns der letzte Absatz des Entwurfs, der bei nicht böswilligen und nicht mit Vorbedacht erfolgten Beleidigungen die Bestimmungen der Privatbeleidigungsdelikte eintreten lassen will. Wir können als Monarchisten nicht zugeben, daß die Majestät loszusagen in den Händen der Staatsverwaltung und in die Person gelegt wird. Andererseits wünschen wir Herabsetzung der hohen Strafen und die Möglichkeit, auf mildernde Umstände zu erkennen. — Wir wünschen Verweisung an eine 14gliedrige Kommission. (Beifall rechts.)

Abg. Träger (Freif. Volksp.): Die Begriffe „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ sind zweideutig, auch belagen sie so ziemlich das selbe. Öffentlich findet die Kommission eine bessere Fassung. Auch die Antragsstellung, wie sie der Entwurf vorstellt, scheint uns bedenklich. Ich zweifle nicht an der Intelligenz anderer Richter; aber es gibt unfotografierbare Einschlüsse von oben. Wir wünschen ferner, den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) auch bei Majestätsbeleidigungsprozessen anzuwenden. Den König zum Antagonisten zu machen, das ist übrigens auch kein Haken. Es könnte dadurch z. B. die Möglichkeit der Widerlage geschaffen werden. Trotz aller dieser Bedenken ist die Vorlage als Fortschritt zu begrüßen.

Abg. Brunstermann (Reichsp.) wünscht Kommissionsberatung; desgl. die Abg. O. A. (natl.) und Kirsch (Zentr.), die jedoch an mehreren Einzelheiten der Vorlage Kritik üben.

Abg. Heine (Soz.):

Mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden. Ich kann aber jetzt schon erklären: wird das Gesetz nicht auf völlig andere Grundlagen gestellt, so können wir ihm nicht zustimmen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die einzige Verbesserung, die das Gesetz bringt, ist die Herabsetzung der Verjährung. Sonst läßt sich nur sagen: das Gesetz ist im Reichsamt gemacht, aber es stammt aus Preußen und verleumert seinen preussischen Ursprung.

nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In seiner vorliegenden Form macht das Gesetz die Justiz noch mehr als bisher der Politik dienstbar und zu einem Werkzeug der Günstigen gegen Ungünstige und der Ungünstigen gegen Schlechtgünstige. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Gesetz stammt aus der Wahlbewegung, aus dem Bedürfnis der Populanzitätskassette. In sich ist es ja keinem Minister zu verzeihen, daß er seinem Monarchen die Abkündigung unpopulärer Gesetze ankündigt. Schon die bloße Anstandsfrist erordert, daß man, wenn man selbst an geschlichter Stelle steht, Beleidigungen ungeahndet läßt. Schon vor 1500 Jahren brachte ein Edikt des Kaisers Theodosius diesen Gedanken weit gründlicher und bündiger zum Ausdruck als das vorliegende Gesetz. In diesem Gesetze liegt in seinen Motiven, ist ja auch viel von Toleranz die Rede; in der Tat stellt es aber den Gedanken der Toleranz auf den Kopf. (Beifall b. d. Soz.) Am dem Denunziantentum entgegenzutreten,

über das mit Recht von den verschiedensten Seiten gefaßt worden ist, bedurfte es keines besonderen Gesetzes. Dagegen kann die Justiz, wenn sie nur ernsthaft will, sich selbst schützen. Reber ist die Hilflosigkeit gegenüber den Denunzianten nur zu verbreitet bei unseren Richtern. — Der Entwurf bindet die Verfolgung nicht öffentlicher Majestätsbeleidigungen an die landesherliche Antragsstellung. Das wird in der Praxis dahin wirken, daß Spielbürger, Patrioten, Agitatoren (Varm rechts) — meine Herren, denken Sie doch an die 99 Tage (Sehr gut! links), Kriegerverzeiler, Antisemiten u. s. w., wenn sie einmal auf den Kaiser schimpfen, strafflos bleiben. Uebrigens können wir ihnen ja die Freiheit, sich einmal auszuküppeln, von Herzen. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) — Von vielen Richtern wird die Genehmigung der Strafverfolgung als ein recht deutlicher Wink aufgefaßt werden, daß eine

Verurteilung gewünscht

wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Worte „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ bedeuten keine Einschränkung, sondern eine Ausdehnung der Tendenzjustiz. Große Schwierigkeiten werden aus dem letzten Absatz entstehen, der für nicht „böswillige“ und nicht „vorbedachte“ Majestätsbeleidigungen auf den Weg der Privatklage verweist. Soll der Monarch z. B. den Justizrat von Gordon mit der Erhebung einer Privatklage betrauen? (Schallende Heiterkeit.) — Bei konservativen Männern wird man ohne weiteres den Verzicht der Böswilligkeit und des Vorbedachts ausschließen. Anders steht es schon mit den Freisinnigen. Augenblicklich freilich sind sich ja gut angeschrieben, haben die gesetzliche Vermutung für sich; es kann aber in Bälde wieder anders sein. (Heiterkeit.) Umgekehrt ist es bei Polen und Zentrum: sie haben jetzt die gesetzliche Vermutung gegen sich; früher war es anders und bald schon kann es wieder anders sein. (Schallende Heiterkeit.) Bei den Sozialdemokraten aber wird in m. e. r. Böswilligkeit und Vorbedacht vorausgesetzt. Die

politische Gesinnung

spielt bei Majestätsbeleidigungsprozessen eine große Rolle. Nach den Wahlen von 1903 wurde nach „verächten“ Majestätsbeleidigungsprozessen gefragt. Eine Majestätsbeleidigung wurde in der Zeit einer h. ö. f. l. S. a. u. j. g. b. gesehen, an der übrigens der Kaiser nicht teilgenommen hatte. Der betreffende Angeklagte wurde übrigens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Bemerkungen über die Chronologie, historische Kritik an Verfahren des Kaisers, alles mögliche ist als „indirekte“ Majestätsbeleidigung betrachtet und auch geahndet worden. Die Kritik des Begriffs der Ehrenbeleidigung, die Kritik der Thronreden ist als Majestätsbeleidigung angesehen und bestraft worden. — Ich kenne keinen Fall, in welchem ein sozialdemokratischer Redakteur eine Majestätsbeleidigung mit Vorbedacht begangen hat. (Heftiger Widerspruch rechts.)

Die Absicht war untergeschoben.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Man prognostiziert die Richter geradezu, auf die politische Anschauung des Angeklagten Bezug zu nehmen. Ehrenvolle Ausnahmen gibt es allerdings unter den Richtern. Gerade wir Sozialdemokraten sind dank unserer ganzen Auffassung am wenigsten geneigt, unseren Aerger an den Personen auszulassen. Wir wissen, daß die Verhältnisse und nicht die Welden, geschweige denn die Fürsten die Welt regieren. Wir haben also keine Veranlassung, uns an den Fürsten zu reiben. Was wir aber nicht unterlassen können und unterlassen dürfen, ist die schärfste Kritik an allem Verwaltungs- und Regierungsmißregeln, soweit uns eine solche Kritik im Interesse des Volkes geboten erscheint, diese Kritik will man mit Hilfe des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen unterbinden. Durch die Unterbindung von böswilligen und nichtböswilligen Beleidigungen wird die

Tendenzjustiz

nach schlimmere Formen annehmen. Nicht nur bei Majestätsbeleidigungen wird der Begriff Beleidigung ungebührlich ausgedehnt. Es sind schon Verurteilungen erfolgt wegen des Ausdrucks „Generalcharakter“. Das Gericht sagte: der Ausdruck „Generalcharakter“ als solcher ist nicht beleidigend, wird es aber durch Vorlesung des Wortes „General“. Man zertert heute gern über „fritolte“ Beleidigungen, aber was es nicht die staatsverhaltende Presse, die im Schmutz des Sauprozesses wühlt, die Wibel und Singer unausgesetzt mit Verleumdungen verfolgt. Der Reichsverband hat die persönliche Verdächtigung geradezu zum System erhoben, so daß sogar der entragierte Sozialistenführer Mar Lorenz sich voll Geld abgewandt hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Dringend notwendig ist eine Präzisierung des Begriffs Verleumdung und Beleidigung. Der Gesetzentwurf macht einen Schritt in dieser Richtung, aber einen äußerst mangelhaften. Wir haben seit Jahren verlangt, daß der Begriff einer besonderen Majestätsbeleidigung überhaupt ausgemerzt wird. Dieser unser Antrag liegt im wohlverstandenen Interesse der Monarchie selbst. (Heiterkeit.) England kennt den Begriff der Majestätsbeleidigung nicht, und das allgemeine Recht kennt ihn auch nicht; er ist in Deutschlands kaiserlicher Periode aus dem römischen Recht importiert worden. Die Majestätsbeleidigungsprozesse bedeuten eine

Gefährdung der männlichen Offenheit der Nation

und es ist eine nationale Tat ersten Ranges, den Begriff der Majestätsbeleidigung und der politischen Beleidigung überhaupt beiseite zu schieben. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich bedauere die Aeußerungen des Abg. Heine umsonst, als sie in dem Augenblick gemacht wurden, in welchem die verbündeten Regierungen dem Volke ein Zeichen des besonderen Vertrauens entgegenbringen. Den deutschen Richterstand nehme ich gegen die Unterstellung des Abg. Heine in Schutz. Die deutschen Richter haben stets nur nach ihrem Gewissen und nach ihrer Ehre Recht gesprochen, nicht aber ihr Amt parteipolitisch mißbraucht. Ich wolle auch die Unterstellung des Abg. Heine zurück, daß die verbündeten Regierungen mit Hilfe dieses Gesetzes gegen die Sozialdemokratie vorgehen wollen.

Abg. Dr. Hecker (Freif. Vag.): Wir billigen die Tendenz des Gesetzentwurfs, der das Denunziantentum vernünftiger will, dann müssen aber alle nicht öffentlich ausgeprochenen Beleidigungen strafflos bleiben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Hindenburg (Deutsche Reformpartei): Die Sozialdemokraten sind selbst sehr empfindlich bei Beleidigungen ihrer Parteiführer. In ihrer Presse aber werden die hehren Lichtgestalten der Königin Luise und Friedrichs des Zweiten verunglimpft; hiergegen verlangen wir ein besonderes Gesetz. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.)

Abg. Heine (Soz.): Dr. Nieberding wendet gegen mich immer dieselbe Methode des Potemitschens an. Er unterstellt mir die Behauptung, ich hätte gesagt, der gesamte Richterstand werde böswillig das Recht, und das müsse er zurückweisen. Diese jetzt neuen Fahren von ihm geübte Methode wirkt auf die Länge der Zeit ermüdend, verbietet aber noch eine ganz andere Bezeichnung. Der Staatssekretär verlangt Vertrauen zu den Fürsten, aber die Fürsten sitzen doch nicht selbst unter der Erde und sprechen Recht. Wenn das vorliegende Gesetz eine Gabe der Fürsten sein soll, so ist es doch keineswegs eine fürstliche Gabe. (Sehr gut! bei den Soz.) Auf dieses Gesetz paßt das Wort, welches die Karzin an Friedrich den Großen schrieb, als er ihr einen Later schenkte:

„Ein Later ist kein Adlig, ein Later ist kein Graf, ein Later ist zu wenig, drum schick' ich ihn zurück.“ (Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Darauf verlag sich das Haus auf Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen über die Lebensmittel- und Kohlensteuerung. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus Schlesien und Polen.

Oblau, 22. November. Wahlvereine. Am 18. November fand im „Gasthof zur Stadt Dels“ eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Zuerst gab der Kassierer die Abrechnung bekannt, die eine Einnahme von 289.18 Mark, und eine Ausgabe von 148.53 Mark verzeichnet. Unter Punkt 2 stand die Weihnachts-Einbeziehung, die alljährlich stattfindet, aber auf Antrag in Wegfall kommt, weil die Gelder des Wahlvereins zu agitativen Zwecken verwandt werden sollen. Es waren einige Genossen für Extrabeiträge, wozu die Zeit aber zu kurz ist. Im Verschiedenen machte der Vorsitzende auf die Protestversammlung, die am 26. November stattfindet, aufmerksam und forderte die Genossen auf, heute schon für guten Besuch zu sorgen. Ein Antrag, daß der Weihnachtsbaum erhalten bleibt und ein gemütliches Beisammensein am 1. Feiertag im hiesigen Lokale stattfindet, wurde angenommen.

Wies, 22. November. Wahlvereine. Wahlvereins-Bezirks-einteilung. Infolge der Wohnungs-Veränderungen und der Neuwahlen einiger Bezirksführer werden die Bezirke bis auf weiteres wie folgt festgelegt: 1. Bezirk: Bezirksführer Max Bick, Fischerstraße 19. Hierzu gehören: Fischerstraße, Torfbergstraße, Georgstraße, Steinstraße und Gartenstraße. — 2. Bezirk: Bezirksführer Paul Wette, Fischerstraße 18. Hierzu gehören: Neuhäuserstraße, Schönauerstraße und Appelerhauffe bis zur Stadtbrauerei. — 3. Bezirk: Bezirksführer Carl Galle, Jägerstraße 41. Dazu gehören: Schulstraße, Drehterstraße und Briggischdorsersstraße. — 4. Bezirk: Bezirksführer Hermann Köppert, Gerberstraße 21. Dazu gehören: Pfaffenstraße bis zum Lehrerseminar, Fiedstraße und Bahnhofstraße. — 5. Bezirk: Bezirksführer Johann Pollok, Stadegasse 6. Dazu gehören: Etzelerstraße, Walfstraße, Gräber Weg, Bismarckstraße und Mollwitzerstraße. — 6. Bezirk: Bezirksführer Oscar Plesch, Schulstraße 12. Dazu gehören: Holzmarkt, Biegeleistraße, Schützenstraße, Wierstraße und Mühlbaum. — 7. Bezirk: Bezirksführer Karl Pauwetter, Paulauerstraße 30. Dazu gehören: Lindenstraße, Breslauerstraße, Ohlauerstraße und Rathaus. — 8. Bezirk: Bezirksführer Paul Stasza, Fischerstraße 55. Dazu gehören: Fiedrichstraße, Wagnerstraße, Burgstraße, Schloßplatz, Speckstraße, Junterngasse, Jesuitenstraße und Jungferstraße. — 9. Bezirk: Bezirksführer Carl Switzalle, Neuhäuserstraße 15/16. Dazu gehören: Walfstraße, Polnischestraße, Klempnerstraße, Nomenstraße, Stadegasse, Kapuzienstraße und kleinerer und Großer Rosenplatz. — 10. Bezirk: Bezirksführer August Klemm, Fischerstraße 11. Dazu gehören: Ring, Paulauerstraße, Neumarkt und Appelerhauffe. — 11. Bezirk: Bezirksführer Gottlieb Pollak, Burgstraße 10. Dazu gehören: Mühlstraße, Mühlplan, Mühlinsel, Gerberstraße, Fiedrichstraße, Lazarettstraße und Zollstraße. — 12. Bezirk: Bezirksführer Carl Pauwetter, Paulauerstraße 30. Dazu gehören: Langelestraße, Kirchplatz, Kirchstraße, Milchstraße, Pepselstraße, Stadtbürgergasse, Tempelgasse und Seblowigasse.

Als Obmann der Bezirksführer fungiert Genosse Ernst Manns, Nomenstraße 19. Alle Genossen werden ersucht, sich diese Liste anzusehen und gut aufzubewahren, ebenfalls bei jedem Umzug sofort den Bezirksführer in Kenntnis zu setzen, damit keine unentbehrlichen Störungen im Eintassieren der Beiträge sowie in der Zustellung von Vereinsnachrichten mehr vorkommen. Sämtliche Bezirksführer nehmen Bestellungen auf die „Volkswacht“, sowie alle andere Parteiliteratur entgegen. Vertrauensmann und Kolporteur ist Genosse Ernst Manns, Nomenstraße 19, Kassierer G. Reiche, Fischerstraße 33, Bibliothekar G. Köppert, Gerberstraße 21.

Wies, 23. November. Eine öffentliche Solzarbeiterversammlung tagte am Freitag im Gewerkschaftshause. Der Gausvorsitzer Kollege Dietrich referierte über „Unsere Lage infolge weiterer Entwertung der kapitalistischen Produktionsweise“. Redner schilderte in seinem Vortrage, wie sich durch die technische Entwicklung der Industrie auf allen Gebieten, neben der Erhebung der Arbeiter durch Maschinen, auch eine stete Verminderung der gelerntem gegenüber einer verstärkten Veranziehung der ungelerten Arbeiter ergebe. Auch in der Holzindustrie finden immer mehr ungelernete Arbeiter Eingang. Selbst aus der Berufswelt, wo sehr niedrige Löhne grassieren, zeige sich ein starker Zufluss. Nun sei es klar, daß diese Arbeiter, die immer auf eine leicht zu begreifende Tätigkeit angelernt werden, wenn sie dann mehr als früher verdienen, nur schwer zu einer weiteren Verbesserung ihrer Lage zu haben seien und es den gelerntem Arbeitern erschweren, Verbesserungen zu erkämpfen. Es sei deshalb nötig, diese Arbeiter aufzuklären und sie der Organisation zuzuführen. Gemeinamkeit und Solidarität seien die Vorbedingungen im heutigen Kampfe mit dem Kapital.

Reicher Beifall folgte den Ausführungen des Redners und zahlreiche Beitrittserklärungen zum Deutschen Holzarbeiter-Verbande bestanden, daß der Redner es verstanden hatte, den zahlreich anwesenden Holzarbeitern ihr Gewissen zu klären.

Ziegenhals, 23. November. Die Reisser Zeitung als Denunziantin. Das Organ der Partei für Wahrheit und Recht gibt in ihrer Nummer 270 einer ebenso geschäftigen wie niedrigen Denunziation Raum. Wie sie es früher schon immer in Reisse getan hat, indem sie die einzelnen Person, den Tischler Gräbner als Sozialdemokraten bezeichnete und damit auch erreichte, daß der Frau des Gräbner von den übrigen Hausbewohnern und Bekannten so schwer zugefügt wurde, daß mehr als einmal der eheliche Frieden und das Familienglück gefährdet wurde, so versucht sie es jetzt in Ziegenhals. Sie schreibt, daß wiederum im neuen Gewerkschaftshause des Postkassiners A. D. Hoffmann eine sozialdemokratische Versammlung stattfand. Nun weiß bald jeder Mensch in Ziegenhals, (und das sollte auch der „zeitliche“ Arbeiter der „Reisser Zeitung“ wissen) daß das Gewerkschaftshaus auf der Waldhoferstraße 13 nicht dem Postkassier Hoffmann, sondern dessen Sohn, dem Tischler August Hoffmann gehört, der allerdings seinen alten Vater bei sich wohnen hat. Aber der Redner hat die Mittel, sagt die „Reisser Zeitung“ und bekämpft die Sozialdemokratie dadurch, daß sie die, die sie herüberbringen, um ihre Zwecke zu bringen versucht, was ihr aber in Reisse bei Gräbner ebenso wenig gelang, als es ihr in der zweiten Auflage in Ziegenhals gelungen ist. Und da sie das weiß, versucht sie die unglücklichen Hausbewohner zu schädigen, wie in diesem Falle den alten Vater des Hoffmann, der auf die Entscheidungen seines Sohnes gar keinen Einfluß hat.

Das Ganze nennt man dann „Christliche Nächstenliebe“. Friedland bei Waldenburg, den 23. November. Ein wackerer Genosse, einer von den alten Genossen, der schon unter der Zeit des Schandgesetzes seine Pflicht und Schuldigkeit

